

Industrialisierung in Schopfheim

Es ist ein dunkler Zug in der Geschichte der Menschheit, daß Entwicklungen, welche sich als die segensreichsten für das Leben der Völker verkünden, oft im Gefolge Nachteile haben, durch welche ihre Wohltaten wieder getrübt werden.

Franz Joseph Buss in seiner „Fabrikrede“ vor der Zweiten badischen Kammer am 25. April 1837.

Das Phänomen Industrialisierung

Eine schleichende Revolution

Für die Zeitgenossen im England des frühen 19. Jahrhunderts lag es auf der Hand: Die Umwälzungen in der Baumwollproduktion sind eine Revolution! Schon bald bezeichnete man auch in anderen europäischen Ländern die Entstehung und Expansion des gesamten industriellen Sektors als „Industrielle Revolution“. Doch wann genau soll der Ausbruch dieser Revolution stattgefunden haben und wann endete sie? Standen hinter ihr die Pläne und Absichten einzelner Menschen und Gruppen, die mit ihr bestimmte Ziele verfolgten? Kann man einen so langen Prozeß, der nicht mit einer scharfen Zäsur einsetzte, überhaupt als Revolution bezeichnen? Ein plötzlich einsetzen-des Ereignis war die Industrialisierung keineswegs, und sie war auch nicht das Resultat von Planung oder bewußter Absicht; ebensowenig war sie unabhängig von anderen bestimmenden Faktoren wie etwa der Landwirtschaft. Trotzdem hat der Begriff „Revolution“ für dieses Phänomen seine Berechtigung, denn die Industrialisierung veränderte die Gesellschaft grundlegend.

Deutschland hinkte in dieser Entwicklung England, dem Musterland der Industrialisierung, aber auch anderen europäischen Ländern wie etwa der

Schweiz hinterher. Die frühindustrielle Phase setzte in Deutschland ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ein. Sie war gekennzeichnet von kleineren, wenn auch schon arbeitsteiligen Betrieben, aber auch von Heimarbeit, die von sogenannten Verlagen koordiniert wurde. Ab den 1840er Jahren – die Betriebe wurden größer, Maschinisierung und Energieeinsatz nahmen zu – setzte das sogenannte „take off“ ein. Es bezeichnet den Beginn eines lang anhaltenden Wirtschaftswachstums, wie es in der Geschichte bis dahin noch nicht vorgekommen war. Dieses bis heute anhaltende Wachstum wurde verursacht durch den überproportionalen Aufschwung des Sekundärsektors, also des Gewerbes und der Industrie, im Vergleich zum Primärsektor, also der Landwirtschaft. Aber auch innerhalb des Sekundärsektors verschoben sich die Gewichte. Der industrielle Bereich überrundete den gewerblich-handwerklichen Anteil.

Die Landwirtschaft verlor ihre Vorreiterrolle im Laufe dieser über zwei Jahrhunderte andauernden Entwicklung – bezieht man nämlich die Frühindustrialisierung und die Wachstumsphase des 20. Jahrhunderts mit ein. Und das, obwohl auch sie, absolut betrachtet und gemessen an Produktivität, Beschäftigungszahl und landwirtschaftlicher Nutzfläche bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts wuchs, aber eben nicht im selben Ausmaß wie Industrie und Gewerbe. Ihr Anteil ging, relativ betrachtet, stark zurück, so daß sie vom Sekundärsektor überholt wurde. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts endete das Schattendasein des Tertiärsektors, also des Bereiches der Dienstleistungen, der bisher hinter den beiden anderen Sektoren versteckt geblieben war. Besonders starke Wachstumsbranchen innerhalb des Tertiärsektors waren der Straßenbau und der Eisenbahnbau.

Auch wenn heute die Kosten dieses Wachstumsprozesses – Naturzerstörung und Ressourcenknappheit, Rationalisierung und Arbeitslosigkeit – notgedrungen ermaßen und zu Recht im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehen, so muß doch festgehalten werden, daß die Ausbreitung des industriellen Sektors ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt bis zum Ende des 20. Jahrhunderts förderte.

Was ist Industrie?

Das Phänomen der Industrialisierung ist nicht in einer einfachen Definition zu fassen. Dieser Prozeß setzte die Verknüpfung vieler verschiedener Faktoren voraus: Ein weitverbreiteter Irrtum ist es, Industrialisierung sei gleichzusetzen mit Maschinisierung. Denn am Anfang der Industrialisierung stand nicht die Maschine, sondern die *Arbeitsteilung*. In Manufakturen, die den ersten Schritt aus dem traditionellen Zunftsystem darstellten, wurde weitgehend in handwerklicher Fertigung, wenn auch unterteilt in mehrere Arbeitsschritte produziert. Manufakturen entstanden oft auf Initiative eines Herrscherhauses. Das Ziel war es, durch Aufteilung in einzelne Arbeitsschritte, die Qualität der Produkte zu erhöhen, aber auch die produzierte Menge zu vervielfachen.

Neben dieser rein handwerklichen Arbeitsteilung wurde in Manufakturen ein weiterer Schritt aus dem Reglement der Zunftordnungen heraus vollzogen: Die Aufsicht über Produktion und Verwaltung lag nicht mehr in einer Hand, wie das in einem von einem Meister geführten Handwerksbetrieb der Fall war, der alle Bereiche von Einkauf über Produktion und Verkauf bis hin zur Buchführung übernahm. Statt dessen wurden kaufmännische Leitung und Überwachung der Produktion voneinander getrennt. Im Wiesental waren nicht allein Manufakturen prägend, sondern auch das Verlagswesen in Verbindung mit Heimarbeit. In der Frühphase der Industrialisierung herrschten bei der Heimarbeit aber die glei-

chen Elemente vor wie in Manufakturen: Produziert wurde handwerklich ohne oder mit nur einfachen Maschinen, aber arbeitsteilig.

Die Produzenten, meist gebunden an die heimische Landwirtschaft und zu weit entfernt wohnend von größeren Märkten, kauften die Rohstoffe nicht selbst ein und konnten mit den Fertigprodukten nicht selbst auf den Markt gehen. Das übernahm ein sogenannter Verleger für sie. Und er verdiente gut daran. Er kaufte Rohstoffe und Werkzeuge und verkaufte sie an die Produzenten weiter. Schon damit machte er Gewinn. Dann nahm er ihnen die Fertigware ab, dafür war er meist Monopolist, bestimmte die Preise und hielt sie niedrig. Oder er machte bedrängte Familien von sich abhängig, indem er ihnen Kredite gewährte. Der Verleger erzielte also noch bevor er die fertigen Produkte in einer fernen Stadt verkaufte, allein aus dem Geschäft mit den zum Teil abhängigen Produzenten Gewinne.

Die Arbeitsteilung brachte zwangsläufig eine relativ *hohe Anzahl von Beschäftigten* in einem Betrieb mit sich. Mehrere Gesellen (aber auch Meister) sowie angelernte Arbeiterinnen, Arbeiter und Kinder produzierten zusammen unter der Leitung einer Manufaktur, eines Verlegers oder eines Fabrikbesitzers. Für die damaligen Zeitgenossen entstand daraus in erster Linie ein sittliches Problem. In einem Handwerksbetrieb hatte der Meister gleichermaßen die Aufsicht über die Produktion wie über das Verhalten der Gesellen. Mägde und andere weibliche Arbeitskräfte waren der Kontrolle der „Meisterin“, also der Ehefrau des Meisters, unterstellt. (In vielen Zunftordnungen war die Erlangung des Meistertitels an eine Heirat gebunden.) In den neuen Unternehmen aber trafen nun Männer, Frauen und Kinder, Verheiratete und Unverheiratete in einem nicht mehr durch den meisterlichen Haushaltsvorstand beaufsichtigten, sittlich unkontrollierten Raum zusammen. Darüber machte man sich Sorgen.

Dagegen wurden Fragen nach den gesundheitlichen Belastungen und Unfallgefahren erst ab den späten 1830er Jahren gestellt. Die übermäßi-

ge Enge von Menschen, ungesicherten Maschinen und nicht selten staubigem, manchmal giftigem Material beunruhigten den Universitätsprofessor und Abgeordneten der Zweiten Badischen Kammer Franz Joseph Buss. Im Jahre 1837 – übrigens gut zehn Jahre bevor das „Kommunistische Manifest“ von Karl Marx und Friedrich Engels erschien – trug er in seiner sogenannten „Fabrikrede“ der Zweiten badischen Kammer die Mißstände vor. Als erster Redner vor einem deutschen Parlament forderte er eine staatliche Arbeiterschutzgesetzgebung, die die Arbeitszeit regeln und einschränken, die Kinderarbeit abschaffen und dem Arbeiter das Recht auf Bildung, Eigentum und politische Vertretung zugestehen sollte.

Zu diesem Zeitpunkt hatte die *Maschinisierung* schon voll eingesetzt, allerdings je nach Branche und Arbeitsbereich in sehr unterschiedlichem Maße. Die Textilindustrie mit ihren bahnbrechenden Erfindungen war auch hier der Leitsektor. Wenn wir heute das Wort Maschine hören, stellen wir uns fast zwangsläufig eine Einheit aus Metall, aus Eisenguß oder Stahl vor. Doch das ist für eine historische Betrachtung irreführend. Das sogenannte „Hölzerne Zeitalter“, in dem Maschinen aus Holz gefertigt wurden und lediglich einzelne, abriebintensive Stellen mit Eisenbeschlägen belegt wurden, dauerte in Überschneidung mit der Metallmaschinen-Ära noch weit bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts an. Am Rande sei bemerkt: Friedrich List (*1789–†1846), der württembergische Befürworter des Eisenbahnbaus, hielt es für durchaus realistisch, für die Geleise Schienen aus Eichenholz statt aus Eisen zu verwenden. Wäre sein Vorschlag für eine Übergangszeit realisiert worden, würden wir heute womöglich von der „Holzbahn“ statt von der Eisenbahn sprechen.

Solange die frühen Maschinen noch mit Muskelkraft angetrieben wurden, konnte die Arbeit dezentral in Heimarbeit erledigt werden. Doch spätestens mit dem Einsatz der Wasserkraft für den Antrieb wurde die Arbeit an einem Ort zentralisiert, und damit nahm auch die *Betriebsgröße* zu. Später ergänzten Dampf- und Elektrizität

snutzung die Wasserkraft, doch Industrieanlagen blieben weiterhin große, häufig geschlossene Anlagen. – Die industrielle Produktionsform setzte den Einsatz vieler Arbeitskräfte, Maschinisierung und eine gewisse Betriebsgröße voraus. Dies macht bereits deutlich: Wer eine Fabrik aufbauen oder seine handwerkliche Produktion in eine industrielle umwandeln wollte, brauchte relativ viel Geld. Industrialisierung war *ein kapitalintensiver Prozeß*.

Das „General- und Gewerbesteuer Cataster“⁽¹⁾ der Stadt Schopfheim verzeichnet ab 1835 die Steuer aufkommen und Betriebskapitalien. Zwar darf man die Angaben nicht wörtlich nehmen, da die Betriebskapitalien nach Erfassungsschlüsseln bestimmt wurden und nicht das tatsächliche Betriebskapital nennen. Doch ein Vergleich der Größenordnungen sagt zumindest etwas darüber aus, wie hoch man jeweils die erforderlichen Betriebskapitalien einschätzte. Im Gründungsjahr der Spinnerei Gottschalk 1835 wurden die meisten der kleinen Handwerker mit 300 fl (Gulden) veranschlagt. Einige wenige Wirte und Müller, aber auch reichere Handwerker wie etwa Rotgerber, brachten es auf 1.000 oder gar 2.000 fl Betriebskapital. Apotheker Fleiner wurde mit 4.200 fl Betriebskapital eingetragen, während die Wohlhabendsten unter den zahlreichen Handelsleuten bei 5.800 fl lagen. Das Gründungskapital von Gottschalk aber ist mit 4.200 fl zuzüglich 1.500 fl, also insgesamt 5.700 fl angegeben.

Zwar benötigte ein Fabrikant zur Errichtung eines neuen Unternehmens bei weitem nicht die finanziellen Ressourcen, wie sie im Vergleich dazu heute erforderlich sind. Und gegenüber den Betreibern großer Handelshäuser in bedeutenden Städten waren die neuen Fabrikanten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts arme Schlucker und das Betriebskapital einer Apotheke genügte schon fast für die Anlage einer Fabrik. Doch die große Masse der Handwerksbetriebe, die oft neben der Meisterfamilie gar keinen oder nur einen Gesellen versorgen konnten und, wie es im Wiesental und andernorts üblich war, nicht selten für Tauschgeschäfte produzierten und ihren Le-

bensunterhalt nur in Kombination mit Einkünften aus der Landwirtschaft bestreiten konnten, war auch ein verhältnismäßig geringes Startkapital nicht aufzubringen.

Fabrikgründungen gingen deshalb, betrachtet man das gesamte Wiesental, vorwiegend von schweizerischen Industriellen aus. Ob diese Regel auch für Schopfheim gilt, soll im dritten Abschnitt geprüft werden. Der neue Kapitalfluß verweist auf sich verstärkende *Marktverflechtungen*. Die Ausbreitung internationaler Märkte war ebenso Voraussetzung wie Folge des Industrialisierungsprozesses. Dabei war für das Wiesental nicht nur die enge Verflechtung mit den Textilzentren im Elsaß und der Schweiz bedeutsam, sondern auch ein allgemeiner Anstieg der internationalen Nachfrage nach Konsumgütern, vor allem nach Baumwollprodukten. – Mit fortschreitender Marktverflechtung wuchs aber auch die Menge der transportierten Güter. Ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurde das Straßennetz in verstärktem Maße ausgebaut und verbessert.²⁾ Die Eisenbahn erreichte Schopfheim im Jahre 1862. Die Strecke von Basel bis Zell wurde von 1859 bis 1876 errichtet, die heute stillgelegte Strecke nach Säckingen wurde im Jahre 1890 fertiggestellt. Dazu war ein 3,1 Kilometer langer Tunnel zwischen Fahrnau und Wehr notwendig gewesen.³⁾



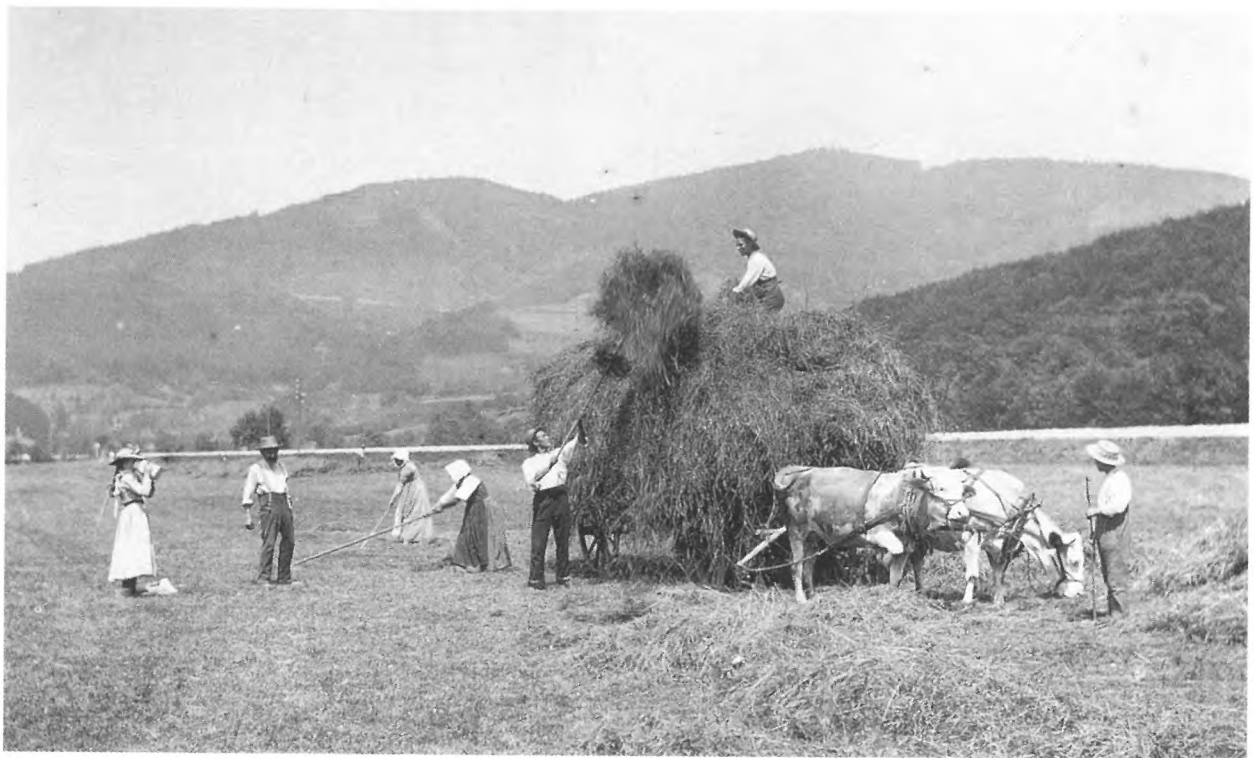
Italienische Bauingenieure, die an der Eisenbahnstrecke Schopfheim-Wehr gearbeitet haben, mit ihren Gastgeberinnen des Gasthauses „Löwen“ in Fahrnau um 1890

Das Phänomen Industrialisierung ist also gekennzeichnet von: Arbeitsteilung, einer hohen Anzahl von Beschäftigten pro Unternehmen, Maschinisierung, Kapitalintensivität und internationaler Marktverflechtung. Diese Merkmale sollen im zweiten Teil, also bei der Darstellung von Schopfheimer Unternehmen während der Industrialisierung, als Auswahlkriterien dienen. Somit finden sehr viele damalige Betriebe hier keine Erwähnung. Das bedeutet aber nicht, daß all die vielen Handwerksbetriebe, Kaufleute und Dienstleistungsunternehmen, die in Schopfheim selbst und in den heute eingemeindeten Ortsteilen angesiedelt waren, für den hiesigen Industrialisierungsprozeß ohne Bedeutung gewesen wären. Das „Adressbuch für das Großherzogtum Baden 1912/13“ verzeichnete beispielsweise für Gersbach eine Vielzahl von Handwerkern und Händlern. Sie wirkten an den kolossalen Veränderungen mit, auch wenn sie, wie das nicht nur im Handwerk der Fall war, unter dem teilweise äußerst schmerzlichen Umwandlungsprozeß und dem damit verbundenen Prestigeverlust zu leiden hatten.

Kleine Betriebe aller Sparten waren gleichzeitig Abnehmer und Zulieferer der industriellen Produktion. So entstanden zwischen Industrie, Handwerk, Handel, Dienstleistung und auch der Landwirtschaft zahlreiche *Kopplungseffekte*, ohne die das anhaltende Wachstum und die Umgestaltung der Gesellschaft nicht möglich gewesen wären. So kaufte das Handwerk Halbfertigwaren von der Industrie als Ausgangsstoff für die eigene Produktion, zum Beispiel maschinell gesponnenes Garn für die Handweberei, stellte aber auch Ausgangsprodukte für die industrielle Produktion her, zum Beispiel Verschleißteile für die (meist ausländischen) Maschinen.⁴⁾

Bevölkerungswachstum, Landwirtschaft und Handwerk

Angesichts der starken Ausweitung von Industrie und Handel im 19. Jahrhundert wird schnell übersehen, daß die Landwirtschaft im 18. und 19. Jahrhundert Neuerungen einführte und einen beträcht-



lichen Produktionszuwachs erreichen konnte. Daß die Landwirtschaft trotzdem nicht in der Lage war, die Menschen zu versorgen, und ein zu geringes Einkommen viele zur Auswanderung zwang, lag am starken Bevölkerungswachstum. Die Hektarerträge nahmen dank vieler Neuerungen zu, doch die zur Verfügung stehende Hektar- menge pro Kopf nahm ab. Dieses ungünstige Ver- hältnis führte nicht nur zu Versorgungsengpässen, sondern auch zu einer schleichenden Arbeits- losigkeit in der Landwirtschaft. Sie setzte Arbeits- kräfte frei, die von der Industrie benötigt wurden. Daß das kein reibungsloser und einfacher Prozeß war, wird weiter unten erläutert.

Während der Industrialisierung war die Landwirt- schaft nicht nur Anbieterin notwendiger Lebens- mittel, Rohstoffe und auch Arbeitskräfte, sondern auch Nachfragerin von Konsum- und Gebrauchs- gütern und nicht zuletzt industriell gefertigter Maschinen. Doch das Dreiecksgefüge Bevöl- kerungswachstum/landwirtschaftliche Produktion/ Industrialisierung war sehr empfindlich gegen Störungen. Es kam auf das genau richtige quan- titative Verhältnis zwischen den drei Faktoren an. Damit genügend Arbeitskräfte bereit standen und die Güternachfrage sich erhöhte, war es notwen- dig, daß die Bevölkerung wuchs. Doch durfte sie auf der anderen Seite nicht zu sehr wachsen – wie sich heute am Beispiel vieler Entwicklungsländer sehen läßt. Sonst verbrauchte ein übermäßiger Bevölkerungsdruck den Zuwachs der Produktion sofort, der so der gesamtgesellschaftlichen Wohl- fahrt nicht mehr zugute kommen konnte.

Zwar wurden die Menschen trotz starkem Bevöl- kerungswachstum insgesamt betrachtet durch die Industrialisierung wohlhabender, und das Leben wurde weniger krisenanfällig. Doch lassen sich aus dieser rein quantitativen und gesamtgesellschaft- lichen Sichtweise keine qualitativen Aussagen zu den oft schmerzhaften Umgestaltungen im Leben verschiedener sozialer Gruppen ableiten: Im *Handwerk* zeichneten sich je nach Beruf sehr unterschiedliche Entwicklungen ab. Handwerker, die mit ihren Produkten die Grundbedürfnisse des täglichen Bedarfs deckten, wie zum Beispiel

Bäcker und Metzger, profitierten von der Bevöl- kerungszunahme aber auch davon, daß immer mehr Menschen ohne Erzeugnisse aus eigener Landwirtschaft auskommen mußten.

Besonders hart traf es dagegen Handwerksberufe, die schon früh fast vollständig durch die Industrie ersetzt wurden. Als prominentestes Beispiel seien hier die Leine- und Barchentweber genannt. Bar- chent ist ein Mischgewebe aus Baumwolle und Leinen. Diese Weber waren schon traditionell wenig wohlhabend und wurden von der einset- zenden Industrialisierung in zweifacher Hinsicht geradezu aufgefressen. Der industriellen Spinne- rei und Weberei hatten die Handweber nichts entgegenzusetzen. Und reine Baumwollgewebe waren beliebter und preisgünstiger. Sie übernah- men den bisherigen Markt für Leinen- und Halb- leinengewebe und drängten die Leinenweberei in die Nische von Kleinstaufträgen für den Haus- gebrauch. Im Wiesental konnten sich in den hoch- gelegenen Waldgegenden noch sehr lange Hand- webereien halten, doch das gelang nur, weil die Einkommen hier verschwindend klein waren; viele Meister mußten den als Ehrverlust empfundenen Abstieg aus der Selbständigkeit in die Fabrikhal- len antreten. Abstieg ist hier durchaus auch im wörtlichen Sinne zu verstehen: In teilweise stun- denlangen Fußmärschen mußte die Strecke vom „Wald“ ins Tal zu den an der Wiese gelegenen Fabriken und abends wieder zurück überwunden werden.

Viele handwerkliche Bauberufe waren dagegen Gewinner im Industrialisierungsprozeß. Die Bautätigkeit war schon damals ein Gradmesser für Wirtschaftswachstum und stieg im Verhältnis zu vorherigen Epochen enorm an. Neue Gebäude- typen wurden entwickelt, während die Ausfüh- rung weiterhin Sache der Handwerker war. Ein typi- scher neuer Gebäudetyp war der mehrstöckige, hochaufragende und lange Fabrikbau, der große, übereinanderliegende Maschinenhallen zur Verfügung stellte. Im Wiesental war er ab den 1830er Jahren zu finden. Er wurde ab dem Jahr- hundertende durch flache Hallenbauten mit Sheddächern ersetzt, da Anzahl, aber auch



Der Hochbau und die anschließenden Sheddächer im Areal Krafft-Rietschle

Aufnahme: 24.6.1999

Gewicht der Maschinen nach dem Übergang zur Eisenbauweise Hochbauten nicht mehr zuließen.

In Schopfheim folgten dem öffentlichen Bau-
schub der 1820er Jahre, aus dem zum Beispiel das
klassizistische Rathaus von 1826 hervorging, der
Bau einer großen Zahl bürgerlicher Wohn- und
Repräsentationsgebäude, aber auch die Errich-
tung von Arbeiterwohnhäusern, sogenannter
Laborantenhäuser. Bauhandwerkliche Betriebe
nahmen durch diese Entwicklung einen starken
Aufschwung und konnten auch den Übergang zur
industriellen Produktionsweise vollziehen. Als
Beispiel aus Schopfheim sei die Ofenfabrik Ernst
Heinrich Gebhardt genannt. Die von Gebhardt
1865 gegründete Ofenfabrik ging aus einer Haf-
nerei hervor und stellte 1912 nach einem Brand
ihren Betrieb ein.⁵⁾ Leider ist über die Ausstattung
der Ofenfabrik nichts bekannt, doch die Grün-

dungszeit in den 1860er Jahren legt nahe, daß hier
die 1855 von Schlickeysen erfundene Ziegel-
presse und der 1858 von Hofmann entwickelte
Ziegel-Ringofen zum Einsatz kamen.⁶⁾

Andere Handwerksberufe, wie zum Beispiel das
Schuhmacherhandwerk, unterlagen zwar infolge
der Industrialisierung ebenfalls einem starken
Wandel, doch sie hatten Zeit, sich umzustellen.
Vor allem aber blieben ihnen bedeutende Arbeits-
bereiche erhalten, die die Industrie nicht ein-
nahm. So wurde anfangs nur grobes Schuhwerk
industriell gefertigt – in Fahrnau vor allem Mili-
tärstiefel in der Schuhfabrik Gebrüder Krafft –,
während Schuhmacher weiterhin die feineren
Schuhe lieferten. Vor allem der große Bereich der
Reparatur aber blieb den selbständigen Meistern
noch lange erhalten.



Die Lage der Arbeiter

Not und Leid der frühen *Industriearbeiterinnen und -arbeiter* sind schon vielfach beschrieben worden, und es erübrigt sich hier noch einmal auf ihren geringen Sozialstatus, ihre miserablen Arbeits- und Lebensbedingungen und auf ihr Ausgeliefertsein an finanzielle und wirtschaftliche Krisen einzugehen. Das Schreckensbild eines 12 bis 16 Stunden dauernden Arbeitstages bei einer Sechstageswoche ohne jeden Urlaubsanspruch ist in der Literatur ausführlich beschworen worden. (Die Lederfabrik der Gebrüder Krafft in Fahnau war stolz darauf, daß sie ihren Angestellten – freilich nicht ihren Arbeitern – schon ab 1907 Urlaub

gewährte.) Zwar deutet vieles darauf hin, daß die Arbeitsproduktivität erst im Laufe der Zeit das heutige Niveau erreicht hat. Beispielsweise liegen Berichte über Arbeiter vor, die in den Fabriken bei laufendem Betrieb Hühner und Gänse hielten. Doch die Idylle trügt. Aufgrund des sorglosen Umgangs mit Maschinen und Rohstoffen war Industriearbeit in jedem Fall wesentlich unfallgefährdeter und gesundheitsschädigender als heute.

Was uns heute als Ungerechtigkeit erscheint, mußte bis weit ins 20. Jahrhundert hinein akzeptiert werden, wenn es nicht gar als selbstverständlich empfunden wurde: Der Arbeitsvertrag zwi-



schen Unternehmer und Beschäftigten wurde als privatrechtliche Vereinbarung eingestuft. Diese Rechtsform geht implizit von zwei ebenbürtigen Parteien aus. Zwar erkannten einige, daß die Unternehmer de facto die ökonomische Macht besaßen und deshalb die Regeln des Vertrages zum Teil willkürlich diktieren konnten. Doch die Konsequenz daraus, das Verhältnis zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern als ein öffentliches zu bewerten, wurde nicht gezogen. Die Folge war, daß keine Tarifverträge oder ähnliche Vereinbarungen existierten.

Als in den 1890er Jahren über eine Gewerbeordnungsnovelle auf Reichsebene versucht wurde,

Sonntagsarbeit gesetzlich einzuschränken und Mutterschutzfristen festzulegen, reagierte die Handelskammer für die Kreise Lörrach und Waldshut mit Sitz in Schopfheim irritiert: „Man mache sich nur die Situation klar, welche eintreten würde, wenn der Entwurf ...Gesetzeskraft erhielte. An Stelle der bisherigen Vertragsfreiheit würde für das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Reihe gesetzlicher Vorschriften treten, welche einerseits bei der außerordentlichen Mannigfalt und Verschiedenheit der Bedürfnisse der einzelnen Industrien tief, ja vielfach zerstörend in die Existenzbedingungen der letzteren eingreifen und andererseits nicht selten eine Schmälerung des Arbeitereinkommens bis zur Unzulänglichkeit zur Folge haben müßte. Denn

abgesehen davon, daß der erwachsene männliche Arbeiter gesetzlich verhindert sein würde, durch Sonntagsarbeit oder Überstunden seinen Verdienst zu erhöhen, würden die zahlreichen verheirateten Arbeiterinnen wegen der Einschränkung der für sie zugelassenen Arbeitszeit nach Möglichkeit von der Beschäftigung in industriellen Betrieben ausgeschlossen werden. Wo bliebe da die Wohltat, welche das Gesetz dem Arbeiterstand zu teil werden lassen will?!“⁷⁾

Das Hauptproblem der historischen Forschung, die sich mit Arbeiterinnen, Arbeitern und Kindern als Beschäftigten in der Industrie befaßt, ist die schlechte Quellenlage. Zwar gibt es viele schriftliche Zeugnisse über sie, vor allen Dingen Klagen über ihr angeblich schlechtes, unsittliches, aber auch irrationales Verhalten, sowie eine Flut entsprechender Umerziehungskonzepte und Förderprogramme. Doch bekunden alle diese Schriften lediglich den Erziehungswillen des Bürgertums. So beschwert sich ein Unternehmer bei der Handelskammer Schopfheim im Jahre 1890, die unvernünftigen Arbeiter würden sein Angebot einer Suppenküche nicht annehmen. Dort erhielten sie zu günstigem Preis in der Mittagspause eine Gemüsesuppe mit Rindfleischbeilage. Doch sie zögen es vor, in der Pause den langen Weg nach Hause zu gehen, um dort Kartoffeln, Milch und Kaffee [d.h. Kaffeesatz aus Zichorien] zu sich zu nehmen. Über die Gründe der Arbeiter erfahren wir nichts. Der Unternehmer führt die Ablehnung des Angebots als Beweis für das „unvernünftige“ Verhalten der Arbeiter an.⁸⁾

Vielleicht, so könnten wir spekulieren, hat die Suppe einfach nicht geschmeckt. Der eigentliche Grund war aber vermutlich der geringe finanzielle Spielraum der Familien, für die wohl auch eine billige Suppe noch zu teuer war. Kartoffeln zog man auf eigenem Boden, und Ziegen oder eine Kuh waren vielleicht auch vorhanden. Vor allem aber entsprach es wohl einem Bedürfnis nach persönlicher Autonomie, die Pause zu Hause verbringen zu wollen. – Von den Betroffenen selbst erfahren wir dagegen fast nichts. Sofern sie überhaupt mehr als ihre Namen schreiben konnten, hatten sie keinen Anlaß, Tagebücher zu führen.

Organisationen aber, in denen Arbeiter sich zusammenschließen und zu einer gemeinsamen Stimme finden konnten, waren bis weit in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts verboten; und erst mit dem Auslaufen der Sozialistengesetze im Jahre 1890 konnten sich Gewerkschaften offiziell bilden.

Im Jahre 1851 hatte Friedrich Engels in einem Rückblick auf die Revolution von 1848/49 über die Zustände in Baden – aus seiner Sicht – Enttäuschendes zu berichten: *„In Baden, wie überhaupt in Süddeutschland, gibt es fast gar keine große Bourgeoisie. Die Industrie und der Handel des Landes sind unbedeutend. Es gibt daher auch nur ein sehr wenig zahlreiches, sehr zersplittertes, wenig entwickeltes Proletariat. Die Masse der Bevölkerung teilt sich in Bauern (die Mehrzahl), Kleinbürger und Handwerksgelesen. ... Dieser Abwesenheit des Gegensatzes von Bourgeoisie und Proletariat und dem daraus hervorgehenden politischen Übergewicht der Kleinbürgerschaft ist es zuzuschreiben, daß eine sozialistische Agitation in Baden eigentlich nie existiert hat. Die sozialistischen Elemente, die von außen hineinkamen, sei es durch Arbeiter, die in entwickelteren Ländern gewesen waren, sei es durch den Einfluß der französischen oder deutschen sozialistischen und kommunistischen Literatur, konnten sich nie Bahn brechen.“⁹⁾*

Tatsächlich war der Gegensatz zwischen „Kapital“ und „Arbeit“ in Baden nicht so scharf ausgeprägt wie in anderen, zusammenhängenderen Industriestandorten. Die Übergänge zwischen Industriearbeitern und Angehörigen von Landwirtschaft und Handwerk waren weitaus fließender, Gegensätze kaum vorhanden. Doch was wir heute als Integrationspotential betrachten würden, das bewertete Friedrich Engels verächtlich als „Ideal der föderierten Tabak- und Bierrepublik“: *„Das höchste Ideal des badischen Kleinbürgers und Bauern blieb immer die kleine bürgerlich-bäuerliche Republik, wie sie in der Schweiz seit 1830 besteht. Ein kleines Tätigkeitsfeld für kleine, bescheidene Leute, der Staat eine etwas vergrößerte Gemeinde, ein ‚Kanton‘; eine kleine, stabile, auf Handarbeit gestützte Industrie, die einen ebenso stabilen und schläfrigen Gesellschaftszustand bedingt.“⁹⁾*

Das Bild einer gering ausgeprägten Polarisierung, das Engels hier so spöttisch zeichnet, sehen wir etwa durch den Arbeiter Johann Thoma (*1857, †1903) bestätigt. Der Schuhmachergeselle und Gelegenheitsdichter, beschäftigt bei der Schuhfabrik Krafft in Fahrenau, verfaßte Hymnen auf Monarchie, Klerus und Kapital. Er verwiegte nicht nur die kaiserlichen Hoheiten Wilhelm I. und Wilhelm II., den badischen Großherzog und Papst Leo XIII., sondern auch Angehörige der Familie Krafft, seine Arbeitgeber, in Gedichten.¹⁰⁾

Kinder wurden meist als Handlanger eingesetzt. Sie verdienten noch weniger als Arbeiterinnen, die in der Regel die Hälfte eines Arbeiterlohnes erhielten. Vor der Industrialisierung arbeiteten Kinder in der elterlichen Landwirtschaft oder als Mägde und Knechte auf anderen Höfen. Kinderarbeit galt jedoch nicht nur als wirtschaftliche Notwendigkeit – vor Einführung der Stallfütterung wurden Kinder oft als Hirten eingesetzt. Kinderarbeit stand bei Pfarrern, Lehrern und Eltern auch als wirkungsvolles Erziehungsinstrument in hohem Ansehen. Deshalb wurde zu Beginn der Industrialisierung Kinderarbeit in Fabriken oder in Form von Heimarbeit als probates Mittel gelobt, um Kinder auf den rechten Weg zu bringen, sie zu Fleiß, Ausdauer, Gewissenhaftigkeit, Ordnungsliebe und Geschicklichkeit zu erziehen und gleichzeitig den Unterhalt der Familie zu stabilisieren.

Schon bald nahm man jedoch auch die negativen Seiten industrieller Kinderarbeit wahr. Zu Anfang wurde sie noch gegenüber der landwirtschaftlichen Arbeit gelobt, da Maschinen die Handgriffe erleichterten und das Arbeiten in geschlossenen Räumen die Kinder vor Wind und Wetter schützte. Im Laufe der Zeit erkannte man, daß die Monotonie der immer gleichen Arbeitsabläufe und die schlechte Luft sich schädlich auf die kindliche Entwicklung auswirkten. Lange Arbeitszeiten, zu denen teilweise noch kilometerweite Fußmärsche zur Fabrik und nach Hause hinzukamen, machten die Kinder müde und kränkelnd und nicht zuletzt litt der regelmäßige, gesetzlich vorgeschriebene Schulbesuch darunter. Doch im

Vordergrund stand auch hier die bürgerliche Sorge um die sittliche Entwicklung der Arbeiterkinder. Besondere Bedenken erregte der schlechte Einfluß der unverheirateten „Manns- und Weibspersonen“, mit denen die Kinder zusammenarbeiteten.

Der Oberamtmann Georg Seybel beklagte auf der Sitzung des Bezirksrates in Schopfheim am 12. März 1869: „Die sittliche Ausbildung der Fabrikkinder ist und bleibt gefährdet, da ihrem religiösen und sonstigen Unterricht in der allgemeinen Volks- oder auch in der Fabriksschule nicht mehr genügende Zeit gewidmet werden kann; da sie selbst in den Schulen nur mit Kindern aus dem Fabrikarbeiterstand zusammenkommen und des anregenden und bildenden Umgangs mit den Kindern aus den besseren Ständen entbehren; und da sie während der Arbeitszeit mit Erwachsenen zusammen sind, die ihnen sehr oft in Reden und Handlungen schlechte Beispiele geben.“¹¹⁾ Es ist frappierend, wie sehr die bürgerliche Sorge um die gute Moral die soziale Not der Arbeiterinnen und Arbeiter und ihre Folgen verkannte.

So führt der Oberamtmann weiter aus, daß „gewissenlose Mütter und Väter die Bestreitung der Kosten für ihre verlassenen Kinder den Gemeinden oder anderen öffentlichen Kassen insolange überlassen, bis das Kind das gesetzliche Alter erreicht hat, um in einer Fabrik aufgenommen werden zu können, worauf es schleunigst von den seelenverkäuferischen Eltern wieder reklamiert und in die Fabrik geschickt wird, wobei manchmal gerichtliche Hilfe von solchen Eltern in Anspruch genommen wird, weil die Gemeinde, die sich bisher um die Erziehung des Kindes allein angenommen und die das Kind nun auch ferner nicht durch Überantwortung an seine pflichtvergessenen Eltern dem sicheren moralischen und körperlichen Verderben aussetzen will, die freiwillige Herausgabe des Kindes verweigert.“¹¹⁾ Wieder wissen wir nichts Genaueres über zugrundeliegende Fälle und kennen die Perspektive der Arbeiter, hier also der Eltern, nicht. Doch der Gedanke liegt nahe, daß das angeblich „seelenverkäuferische“ Verhalten aus der blanken Not geboren war.

Unternehmer, Vereine und Verbände

Auch das Bürgertum erfuhr Veränderungen durch die Industrialisierung. Neu war der Typ des Unternehmers. Eberlin berichtete 1878 in seiner Geschichte der Stadt Schopfheim: „Bei den Fabrikherren ist die Einrichtung bald noch sehr einfach, bald modern elegant. Die Frau vom Haus gibt gewöhnlich des Jahres eine große Gesellschaft, bei welcher das ‚Tractement‘ die Hauptsache ist. Selten widmet ein Sohn sich dem Staatsdienste, letzterer wird überhaupt im Lichte des ‚Dienstes‘ betrachtet.“¹²⁾ Hier wird deutlich, daß es auch unter den Unternehmern soziale Unterschiede gab, bei allen aber das Bedürfnis bestand, sich als wohlhabend darzustellen. Die prächtigen bürgerlichen Villen aus dieser Zeit legen davon Zeugnis ab. Eberlin, als Mitglied des Bildungsbürgertums, hält es für wichtig anzumerken, daß die Söhne der Unternehmer selten in den Staatsdienst eintreten. Er stellt eine neue Distanz der selbständigen Unternehmer gegenüber dem Staat fest, und gibt zu verstehen, sie seien zu sehr auf ihren Eigennutz bedacht.



Lederfabrik Gebr. Krafft, Fahrnau:
die „Bosse“ des Unternehmens 1898

Hermann Burte (*1879, †1960), Dichter und Maler aus Maulburg und Sohn eines Buchhalters, wird in seinem Gedicht „Blick aus der Fabrik“ noch deutlicher. Zwar gehörte er als ausgebildeter Zeichenlehrer selbst dem Bildungsbürgertum an; doch er versucht hier, die Perspektive einer Industrieweberin einzufangen, die von ihrem Arbeitsplatz aus am Fenster sehen kann, wie ihr Sohn als Balljunge den tennisspielenden Bürgerinnen und Bürgern zu Diensten steht:

Blick aus der Fabrik

Vo mym Wäbstuehl chani uuse seh
Uff die grüne Matte, das wär schön!
Aber's duet mer in der Seel inn weh,
Wenn sie dusse ihre Balle schlöhn.
Zmitts im Wase isch e grosse Blätz,
Ghertet, gebnet, grahmt mit Holz am Rand,
Am e Band im Mittel hangt e Netz,
Wiissi Strich sin zoge uff em Sand.
Heerli, Dämli, wiissi Kluften aa,
Chömme häreglunkt: sie müen zuem Spiel
Dätscher mit so gspannte Saite ha,
Ime Boge am verliimte Stihl – ...
Huure, gumpe, schutzle, fiigere do,
Schwätze Wörter, won ich nit verstand:
Barfiss rennt my Bueb de Balle no,
Denn die maischte drole übere Rand. ...
's isch doch gspässig, denki, as die Lüt
All der Zyt hän, all, un mihr schier nie.
Ihne ghört schier Alles, eus ghört nüt;

Meinsch, mihr schlieche schlechter wede die?
Isch es denn en Ornig vo Naduur,
As der Aint uff brüchigi Fäde schießt.
Ich am Webstuehl, dohar an der Muur,
Aber ussehar der Ander spielt? ...
Wenn d'Nobless zuem Gaudi Balle schlacht,
Stöhnde mir im Wullschweiss an de Stuehl,
Lache höris, überlut würd glacht –
Ich do inne liessti gern e Brüel!
Aber d'Sunn het so ne helle Strahl,
D'Auge gömer über, lueg i hi:
Uff en Erste willi zmitts in Saal,
As i nimme Balle spiele sieh.¹³⁾

Burtes Vorwurf der Ungerechtigkeit an seine eigene Klasse ist unüberhörbar. Ein authentischer „Blick aus der Fabrik“ aber war ihm im Grunde nicht möglich. Sicherlich hat er nie dort gearbeitet. Auch wenn ihm das lyrische Ich der Arbeiterin sehr gut gelungen ist, klingt darin doch auch etwas von der Distanz des Autors an. Die Kleinigkeiten verraten ihn: „Barfiss“, so läßt er die Arbeiterin sagen, „rennt my Bueb de Balle no“. Einer Arbeiterin wäre das sicherlich nicht erwähnenswert erschienen, denn Schuhe hätte ihr Junge an einem Sommerwerktag ohnehin nie getragen. Daß das Gedicht in seiner schönen Konstruktion dennoch von großer Ausdruckskraft zeugt, hat wohl nicht zuletzt mit einem schlechten bürgerlichen Gewissen zu tun, das sich beim Anblick der miserablen Lebensbedingungen der Arbeiterinnen und Arbeiter rührt.

Die Veränderungen in der Sozialstruktur der Gesellschaft traten auch in der Tätigkeit neuer Vereine und Verbände zutage. Aus der Vielzahl der Schopfheimer Neugründungen seien hier diejenigen herausgegriffen, die direkt mit dem Wirtschaftsleben zusammenhingen. Handwerk und (Klein-)Gewerbe versuchten, den Anschluß an die neuen Entwicklungen zu halten. Der Gewerbeverein, gegründet 1832, wollte gewerbliche Unternehmungen fördern.¹⁴⁾ Doch scheinen ihm zunächst keine großen Erfolge beschieden gewesen zu sein.

Uehlings „Statthalter“, die Tageszeitung Schopfheims, spottete am 9. April 1864 in deutlichen Worten über den untätigen Gewerbeverein: *„Kommt eine Unterhaltung auf das Kapitel ‚Scheintod‘, so darf man sicher sein, daß sich die Aufmerksamkeit der Zuhörer steigert, und wir haben sogar erlebt, daß Cecospieler eine Pause machten. Wir benützen daher den Scheintod auch, um die Aufmerksamkeit auf unseren Gegenstand zu lenken. Es ist ja Jeder dabei interessirt, daß der genannte Zustand endlich so richtig erkannt werde, daß das Lebendigbegraben nicht mehr vorkommt. Das Bürsten und Reiben ist ein Mittel zum Wecken und die Bürste des ‚Handspiegels‘ [des Vorgängers des „Statthalters“] hat es versucht, den hiesigen Gewerbeverein zu reizen*

und dadurch zu beleben. Er regte sich nicht, und jetzt endlich verbreitet der untrügliche Geruch die Gewißheit, daß wir es wirklich mit einem Todten zu tun haben. Wir halten uns verpflichtet, diesem ächten Schopfheimer Bürgerkinde einen Nachruf zu widmen.“ – Aller Skepsis zum Trotz organisierte der Gewerbeverein vom 6. bis zum 21. Juni 1880 eine große und vielgelobte Gewerbeausstellung in Schopfheim.¹⁵⁾ Eine Wiederholung wurde für den Sommer 1914 geplant, doch der Kriegsbeginn vereitelte die Pläne und stürzte den Gewerbeverein in heikle Finanznot, da die Planung große Summen verschlungen hatte, die dann durch ausbleibende Eintrittsgelder nicht mehr eingebracht werden konnten.

Erfolgreicher waren dagegen Sparkasse¹⁶⁾ und Vorschußbank.¹⁷⁾ Gegründet in den Jahren 1843 und 1865, wollten sie kleineren Unternehmungen Kapital zur Verfügung stellen, wie „Der Statthalter“ am 11.1.1865 hervorhob: „Je mehr sich die großen Geschäftsleute und Kapitalisten auf Eisenbahnen, Banken, Fabrikation und große Unternehmungen werfen und darauf ihr Geld verwenden, desto dringender wird es Pflicht des gewerblichen Mittelstandes: Erstlich durch Arbeiten und Sparen sich mehr Vermögen zu erwerben und zweitens durch Zusammenlegen dieser verdienten und ersparten Gelder in eine Vereinskasse seine Geldbedürfnisse zu befriedigen. Spar- und Vorschußvereine sind die neuen Zünfte, welche jedem Mitgliede Vermögen und Kredit verschaffen aus eigenen Mitteln.“

Die Handelskammer dagegen vertrat und beriet ab 1889 die Fabrikanten. Sie nahm ihren Sitz für die Kreise Lörrach und Waldshut in Schopfheim. Die zentrale Lage in den Kreisen und die günstigen Verkehrsbedingungen hatten zu dieser Entscheidung geführt. Bis heute versteht die Kammer sich als Interessenvertretung des Handels und der Industrie, aber auch als Vermittlerin zwischen Staat und Unternehmen. Das stellten Sonderbeilagen der örtlichen Tageszeitungen zum Jubiläum am 6.4.1989 heraus.

Staat und Industrialisierung

Der Einfluß des Staates auf die Industrialisierung sollte, ganz allgemein gesprochen, nicht überbewertet werden. Die neuere Forschung macht darauf aufmerksam, daß das Gedeihen von Industrie sehr viel stärker als von staatlicher Förderung von wirtschaftlichen Faktoren wie etwa Absatzmöglichkeit und Rohstoffbezug, aber auch Arbeitsmarkt und technologischem Stand abhing. Dies gilt es zu berücksichtigen, wenn wir nach dem Einfluß von Merkantilismus und Physiokratie fragen, also der wirtschaftspolitischen Lehren des 17. und des 18. Jahrhunderts.

Als wirtschaftspolitische Lehre des absolutistischen Staates zielte der Merkantilismus angesichts des zunehmenden Finanzbedarfes für Hofhaltung, Heer und Beamtschaft darauf, den Wohlstand des Landes zu steigern und die Einnahmen an den Landesherrn zurückfließen zu lassen. Vor allem die Ausfuhr von Luxus-Gütern wurde gefördert, während Rohstoffe importiert und im Lande verarbeitet werden sollten. Man erhoffte sich davon eine Zufuhr von Edelmetallen und Geld. Dahinter stand die Vorstellung, der Staat sei mit einem Wirtschaftsunternehmen vergleichbar und es gehe lediglich darum, für dieses „Unternehmen“ eine aktive Handelsbilanz zu erzielen. Das merkantilistische Denken hatte seine Wurzeln im statischen Wirtschaftsbegriff spätmittelalterlicher Städte. Wohlstand war in dieser Sichtweise ein Kuchen von festgelegtem Umfang und größerer Reichtum nur dadurch zu erlangen, daß man sich von diesem begrenzten Kuchen ein größeres Stück abschnitt. Der Wachstumsgedanke hatte in diesem Denken noch keinen Platz.

Die Lehre von der Physiokratie wandte sich ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts gegen den Merkantilismus und wurde von einigen aufgeklärt-absolutistischen Fürsten aufgenommen. Das Ziel war aber auch hier, das allgemeine Menschenwohl zu fördern und damit zugleich die Staatsfinanzen zu heben. Doch der Wohlstand eines Landes gründete nach dieser Vorstellung

nicht so sehr in der Luxusgüterproduktion, sondern vielmehr in der Landwirtschaft. Die Lehre von der Physiokratie führte den Kreislaufgedanken in das wirtschaftspolitische Denken ein und verabschiedete sich somit von der mittelalterlichen Vorstellung des begrenzten Wohlstandskuchens. Deshalb maß sie dem Handel ein größeres Gewicht zu und rückte den Ausbau der Infrastruktur, zum Beispiel des Straßennetzes, in den Vordergrund.

Beide wirtschaftspolitische Denkschulen förderten die Industrieansiedlung. Der Begriff Physiokratie (Herrschaft der Natur) verweist zwar auf die Landwirtschaft, doch ist das im Sinne eines Protestes gegen die merkantilistische einseitige Förderung der Güterproduktion zu verstehen. In der Literatur zu Schopfheim und dem Wiesental ist zwar häufig die Rede von der merkantilistischen Wirtschaftspolitik des Markgrafen Carl Wilhelm (1709–1738) und der physiokratischen Wirtschaftspolitik des Markgrafen, Kurfürsten und Großherzogs Carl Friedrich (1746–1811). Damit ist aber keineswegs gesagt, sie seien, was die Industrieansiedlung betrifft, völlig unterschiedliche Wege gegangen. Beide Fürsten waren um das wirtschaftliche Gedeihen Badens bemüht und bedienten sich der Mittel des absolutistischen Staates um die Industrieansiedlung durch die Vergabe von Privilegien, Patenten und Konzessionen voranzutreiben, unterhielten aber auch fürstliche Eigenbetriebe wie etwa das Eisenwerk in Hausen.

Nicht erst ab der Reichsgründung 1871/72 war in Baden ein wirtschaftspolitisch liberales Denken maßgebend, ein Denken also, das die Mitwirkung des Staates in wirtschaftlichen Belangen auf ein Mindestmaß reduziert sehen wollte. Zugleich aber war das Handeln der Abgeordneten der Ersten und Zweiten Kammer (in Baden ab 1818/19) und der Regierung durchzogen von einer patriarchalischen Sorge um das Wohl ihrer „Landeskinder“. Sie schreckten, wenn es ihnen notwendig erschien, vor entsprechenden Interventionen nicht zurück. Vor diesem Hintergrund muß die Einrichtung der Großherzoglich-Badischen Fabrikinspektion im Jahre 1879 gesehen wer-

den.¹⁸⁾ Auf Reichsebene war eine neue Gewerbeordnung erlassen worden, die gesetzliche Bestimmungen zur Gewerbeaufsicht umfaßte. Zu ihrer Durchführung wurde in Baden eine Fabrikinspektion direkt dem Innenministerium unterstellt. In anderen Ländern, etwa in Preußen, war die Fabrikinspektion auf Bezirksebene angesiedelt worden, so daß die örtlichen Polizeibehörden für die Durchsetzung der Gewerbeordnung zuständig waren. Es sollte sich bald erweisen, daß durch die badische Lösung einer Zentralbehörde, auch wenn aus ihr eine ausgedehnte Reisetätigkeit resultierte, vor Ort mehr erreicht werden konnte, als durch dezentrale Organe, die sich oft dem Einfluß örtlicher Verbindungen ausgesetzt sahen.

Der Fabrikinspektion in Karlsruhe gelang es dank dem persönlichen Engagement des ersten badischen Fabrikinspektors Friedrich Woerrishoffer (*1838, †1902), der den Kontakt zu allen Beteiligten suchte, für den Schutz der Arbeiter in Baden mehr zu erreichen, als die zurückhaltend formulierten Gesetze vorschrieben. Neben der Überwachung der Arbeiterschutzgesetze hatte sich die badische Fabrikinspektion auch zur Aufgabe gesetzt, die Lebensverhältnisse der Arbeiter zu erforschen. Ihre nach heutigem Verständnis sozialwissenschaftlichen Untersuchungen sind eine Quelle, die von unschätzbarem Wert für die historische Arbeiterforschung ist. Die badische Fabrikinspektion hatte einen guten Ruf – schließlich war sie von der Regierung eingesetzt worden, und Woerrishoffer war als ehemaliger Eisenbahningenieur ein angesehener Mann – auch hatten die Handelskammern die Einsetzung eines verbeamteten Fabrikinspektors begrüßt. Trotzdem führte die Arbeit der späteren Gewerbeaufsicht immer wieder zu Konflikten mit Industrie und Regierung.

Die Zusammenarbeit mit den Unternehmern gestaltete sich sehr unterschiedlich. Carl Krafft, Geschäftsführer der Spinnerei in Schopfheim (später Spinnerei Atzenbach) und Präsident der Handelskammer, verteidigte 1896 das Ansehen der Unternehmer: „Der Fabrikherr ist nicht der Tyrann, über den ständig die Fabrikinspektion zu wachen hätte, daß er die Ausbeutung seiner Arbeiter

nicht auf die Spitze treibe und die Moral nicht mit Füßen trete.“¹⁹⁾ Dem Inspektor schlug auf seinen Reisen oft Angst vor Einmischung entgegen und das zwang ihn häufig dazu, seine amtliche Autorität auszuschöpfen, um sich Zutritt zu den Betriebsanlagen zu verschaffen. Die je unterschiedliche Bereitschaft der Arbeitgeber zur Zusammenarbeit mit der Fabrikinspektion aber führte dazu, daß die Sicherheitsvorkehrungen in den Fabriken sehr unterschiedlich ausfielen. Die Regierung wiederum nahm wiederholt Anstoß an der sozialwissenschaftlichen und damit auch sozialpolitischen Arbeit der Fabrikinspektion, denn diese wurde im Laufe ihrer Arbeit eine anerkannte Gesprächspartnerin von Sozialdemokratie und Gewerkschaften. Die Fabrikinspektion hatte fortdauernde Schwierigkeiten, mit den Arbeiterinnen und Arbeitern, die Sanktionen ihrer Arbeitgeber befürchteten, ins Gespräch zu kommen. Die Inspektion hatte daraus die Konsequenz gezogen und sich für geeignete Interessenvertretungen der Arbeiterschaft ausgesprochen.

Über die Befürchtungen der Arbeiter berichtete Woerrishofer zum Beispiel im Jahresbericht von 1896 folgendes: „Auch im Berichtsjahr hat eine Anzahl von Sprechstunden für die Arbeiter in verschiedenen Teilen des Landes stattgefunden. Die Beteiligung der Arbeiter an diesen Sprechstunden war, wie im Vorjahre, meist eine spärliche ... In dem Verkehr mit den Arbeitern tritt, selbst wenn sie gewerkschaftlichen Organisationen angehören, das Gefühl der Abhängigkeit in einer Weise zutage, die auch dann überraschend ist, wenn man diese Dinge durch unmittelbare Wahrnehmung schon öfter kennengelernt hat. Manche von ihnen wagen selbst bei krassen Mißständen nicht, diese dem Arbeitgeber mitzuteilen, in der Befürchtung, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Selbst Arbeiter, die als Vorstand gewerkschaftlicher Organisationen fungieren, zeigen sich nach dieser Richtung sehr besorgt ... Daß die Arbeiter diese Befürchtung nicht zu Unrecht hegen, geht auch daraus hervor, daß mehrmals Arbeitgeber sich große Mühe gaben, von uns zu erfahren, welche Arbeiter uns Mitteilung gemacht hätten.“²⁰⁾

Zum ersten Mal, so scheint es, ließen sich ausgebildete und wohlhabende Bürger wie Woerris-

hoffer auf einen echten Gedankenaustausch mit den Arbeiterinnen und Arbeitern ein und kamen so zu einem aus heutiger Sicht wenig erstaunlichen Ergebnis: „Überhaupt wird man von den dreisten Forderungen der Arbeiter, auf die von manchen Seiten so gerne hingewiesen wird, nichts gewahr, sobald man mit ihnen in geschäftliche Verhandlungen tritt. Die Rücksicht auf die Erhaltung der Familie ist für den verheirateten Arbeiter, auch wenn er einer Organisation angehört, der alles beherrschende Gesichtspunkt, gerade wie bei den anderen Klassen der Bevölkerung. Man sieht aber auch, in welche inneren Konflikte ein tüchtiger und überzeugungstreuer Arbeiter kommen kann, wenn er von der Rücksicht auf seine Familie und von der Verpflichtung als Vorstand eines Arbeitervereins für die Interessen der Arbeiter einzutreten, nach entgegengesetzten Richtungen angetrieben wird.“²⁰⁾ In einer Zeit der Bismarckschen Sozialistengesetze, in der die Sozialdemokratie zum Staatsfeind gestempelt worden war, vermochte die badische Fabrikinspektion im direkten Kontakt und unabhängig von örtlichen Interessen zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft zu vermitteln.

„Fabricen“ in Schopfheim

Zu den Begriffen und zur Quellenlage

Die Verwendung des Begriffs *Fabrik* war nie eindeutig festgelegt. Schon im 18. Jahrhundert wurden Klagen laut über die ungenauen Abgrenzungen des Begriffs zu Gewerbe und Manufaktur. Die im ersten Teil genannten Kriterien für eine Fabrik oder, im erweiterten Sinne, für ein Industrieunternehmen sind deshalb aus der Rückschau formuliert und können sich nicht auf eine in der Vergangenheit verbindliche Definition berufen. Der Begriff *Industrie* aber hatte von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts tatsächlich eine ganz andere Bedeutung als heute: Unter Industrie, abgeleitet von lateinisch *industria* (der Fleiß) wurde der Gewerbefleiß im allgemeinen verstanden.

Das wird deutlich an der Bezeichnung „Industrieschulen“, wie die ab der zweiten Hälfte des

18. Jahrhunderts gegründeten Arbeitsschulen ab 1798 genannt wurden. Die bei Eltern und Kindern unbeliebten Industrieschulen waren also nicht etwa, wie der Name heute vermuten ließe, eine Art Berufsschule, in der Kenntnisse für die Fabrikarbeit vermittelt wurden. Hier erhielten Mädchen und Jungen neben dem Elementarunterricht in Lesen und Schreiben praktische Unterweisungen im Spinnen und Stricken. Das Ziel war es, arme Landeskinder zu „industriösen“, also fleißigen Menschen zu erziehen. Im Laufe der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde dann Gewerbefleiß mit Gewerbe gleichgesetzt, und der Begriff Industrie erhielt seine heutige Bedeutung. Auch wenn sich heute die Begriffe Fabrik und Industrieunternehmen weitgehend decken, stehen deshalb die nachfolgenden Profile von Schopfheimer Industrieunternehmen aus der Zeit zwischen 1750 und 1914 unter der Überschrift „Fabricen in Schopfheim“.

Die im folgenden beschriebenen Unternehmen bestehen heute nicht mehr, und natürlich hatten sie keine Archive eingerichtet. Auch im Stadtarchiv Schopfheim finden sich keine Akten, die die internen Abläufe in den Betrieben dokumentieren. Hier haben lediglich die Berührungspunkte der Unternehmen mit der Stadtverwaltung ihren Niederschlag gefunden. Der Gewerbesteuerkataster gibt Auskunft über die versteuerten Betriebskapitalien. Aus Bauakten können die Bauvorhaben herausgelesen werden, doch läßt sich in der Regel nicht überprüfen, ob der zur Genehmigung vorgelegte Bau auch tatsächlich ausgeführt wurde. Die Stadt wurde 1862 dafür zuständig erklärt, die Erlassung der von der neuen Gewerbeordnung vorgeschriebenen Arbeitsordnungen zu beaufsichtigen. Deshalb findet sich im Stadtarchiv eine Akte mit Fabrikordnungen der verschiedenen Schopfheimer Unternehmen mit mehr als 20 Arbeiterinnen und Arbeitern, aus denen sich indirekt etwas über Produktions- und Arbeitsabläufe erschließen läßt.²¹⁾ Städtische Aktenablagen gewähren Einblicke in verschiedene Vereine: den Gewerbeverein, den Frauenverein, sowie in die Vereine der Sparkasse und der Vorschußbank (der späteren Volksbank).

Die Handelskammer für den Bezirk Schopfheim (heute Industrie- und Handelskammer Hochrhein-Bodensee, Außenstelle Schopfheim) scheidet als Informationsquelle leider aus, da die Zwangsverbindung mit der Freiburger Kammer im Jahre 1939 dazu führte, daß alle Akten dorthin abgegeben werden mußten. In Freiburg aber sind sie verbrannt. Letzte Reste befinden sich heute im Wirtschaftsarchiv Baden-Württemberg in Stuttgart-Hohenheim, im Bestand IHK Schopfheim. Dort finden sich auch einige wenige Unterlagen zu den Schopfheimer Unternehmen. Soweit die Unternehmen in Berührung kamen mit der Bezirksverwaltung, hat sich das in den Akten des Bezirksamtes Schopfheim niedergeschlagen. So sind etwa Ortsbereisungsakten im Staatsarchiv Freiburg und im Badischen Generallandesarchiv in Karlsruhe aufbewahrt.

Die am Ende dieses Aufsatzes angeführte Literatur enthält ein breites Wissen über Schopfheimer Unternehmen in der Phase der Industrialisierung. Leider aber zitieren die Autorinnen und Autoren ihre Quellen nicht. Zum Beispiel ist ein Verweis „aus den Akten des Generallandesarchives“ ohne Angabe der Signatur im Grunde eine Aufforderung zur Suche nach der sprichwörtlichen Stecknadel im Heuhaufen. Es war auch nicht immer möglich, in der Literatur gemachte Angaben in den Akten tatsächlich bestätigt zu finden. Das liegt nicht unbedingt daran, daß die Angaben fehlerhaft wären. Die Quellenbasis, auf die August Eberlin in den 1870er Jahren und Karl Seith, Emil Faller, Richard Dietsche und Gisela Müller bis 1965 zurückgreifen konnten, war wesentlich breiter als die uns heute zugängliche. So waren gerade auch mündliche Überlieferungen und eigene Anschauung in den 1940er Jahren, den Forschungsjahren Seiths, noch in größerem Umfang gegeben. Ich habe mich entschlossen, in dieser Arbeit nicht hinter den Wissensstand dieser Literatur zu Schopfheim und dem Wiesental zurückzugehen, selbst dann nicht, wenn eine Angabe nicht (mehr) durch Akten zu belegen ist. Denn dann würden zu viele, im Textzusammenhang in der Regel sehr plausibel erscheinende Informationen untergehen.

In manchen Fällen divergieren die Angaben. So wird das Gründungsjahr einer bestimmten Fabrik einmal mit 1835 angegeben, laut einem anderen Autor soll es schon 1834 losgegangen sein und ein dritter Autor nennt gar 1836 als Anfangsjahr. Solche Divergenzen sind bei genauerer Betrachtung nicht verwunderlich. Oft liegt es daran, daß unter „Gründung“ verschiedenes verstanden wird. Je nachdem auf welche Quelle sich die Angabe stützt, kann das Gründungsdatum den Antrag des Fabrikanten oder die herrschaftliche Lizenzvergabe meinen, das Baugesuch oder die Fertigstellung der Gebäude, den Maschinen- und Rohstoffeinkauf oder den Produktionsbeginn. Über all diesen arbeits-, organisations- und deshalb zeitintensiven Einzelschritten konnten schnell ein oder zwei Jahreswechsel verstreichen.

Papierfabrik Johann Sutter in Höfen

Die Papiermühle und spätere Papierfabrik Höfen lag außerhalb der Stadt zwischen Schopfheim und dem 1844 eingemeindeten Weiler Gündenhäusen. Heute umfaßt das Gelände die Grundstücke Gündenhäusen 33–41. Von 1941 bis 1985 produzierten auf diesem Areal der Gummibetrieb Carl Freudenberg und die Maschinenfabrik Wittig-Mannesmann. Für 1649 ist die Gründung einer Mahlmühle in Höfen belegt. Sie ist nicht die einzige Schopfheimer Mühle, wurde aber spätestens ab 1779 als Papiermühle genutzt. Das geht daraus hervor, daß der damalige Besitzer Wilhelm Sonntag aus Pforzheim das Recht zum Lumpenaufkauf als Rohstoff für die Papierfabrikation erwarb.²²⁾ Die Betreiber der Mühle waren 1650 Familie Reif, 1652 Bartlin Blum, 1658 Paulus Mayer, 1669 und 1681 der Stabhalter Abraham Blum aus Lörrach (die Mühle wurde im Konkursverfahren für 3.000 Pfund ersteigert), 1734 Friedli Stohler, Johann Rheith und Johann Jakob Hodler, 1761 Johann Michael Lindemer, 1768 Johann Imhof aus Basel (Kaufpreis 5.100 fl), 1776 Wilhelm Leopold Sonntag, der oben bereits genannte Apotheker aus Pforzheim (Kaufpreis 8.000 fl), 1797 Johann Paul Kolb und Nikolaus Eckenstein, beide Handelsleute aus Basel (Kaufpreis 30.000 fl), 1827/29

Fabrik besteht seit 1681

JOH. SUTTER
PAPIERFABRIK
gegründet 1834
SCHOPFHEIM
BADEN

NEGATIV & POSITIV ROHSTOFFE
Fr/P. FEINE UND FEINSTE PAPIERE

Schopfheim, Baden, den 7. Mai 1919.



An die Handelskammer,

Schopfheim.

Verbindung zwischen Baden und Württemberg betr.

Auf Ihre gefl. Zuschrift vom 2. ds. Mts. Nr. 4. erwidere ich ergebenst, dass ich in der Verbindung von Baden und Württemberg wenigstens für die Feinpapierindustrie nichts Gutes erblicken kann. Dieser Industriezweig ist in Württemberg bedeutend mächtiger als in Baden und wir hatten schon vor dem Kriege unter dieser Konkurrenz sehr zu leiden. Württemberg ist sogar so weit gegangen, dass die Behörden Papiere, die in Württemberg nicht erzeugt waren, nicht gekauft haben, sodass die badischen Feinpapierfabriken für die Württemberger Behörden, die doch einen grossen Bedarf in den verschiedenen Sorten Feinpapier haben, ganz ausgeschaltet waren. -

Hochachtungsvoll

Joh. Sutter
Emma Sutter

EIGENES ANSCHLUSSGLEIS
POSTSHECK-KONTO: AMT KARLSRUHE Nr. 1127
DRAHTAUFSCHRIFT: PAPIERFABRIK SCHOPFHEIM
FERNSPRECHER Nr. 7

Paul Kolb (versteuertes Betriebskapital nach Gewerbesteuerkataster im Jahre 1829 10.500 fl).

Johann Sutter (*1805, †1883 in Schopfheim) kaufte die Handpapiermühle im Jahre 1834 um den Preis von 40.000 fl und machte aus ihr eine mechanische Papierfabrik, die dann lange Jahre „Papierfabrik Johann Sutter Schopfheim“ hieß. 1888 wurde Otto Bally (*1863, †1934 Schopfheim) Teilhaber. Im Jahre 1900 waren er und Emma und Karl Sutter die Betreiber. Die Papierfabrikation wurde im Jahre 1934 eingestellt.

Unter der Leitung von Kolb und Eckenstein arbeiteten im Jahre 1805 in der Handpapiermühle

56 Beschäftigte. Sie besaß 1827 drei Bütten. Im Jahre 1852 dagegen, die Mühle war durch die Anschaffung einer französischen Langsiebmaschine bereits im Jahre 1835 zur Papierfabrik geworden, waren es nur 40 Personen. Da keine weiteren Angaben vorliegen, läßt sich nur über die Gründe für diesen Rückgang der Beschäftigtenzahl spekulieren. Vermutlich hängt er mit dem Rationalisierungspotential der neuen Technologie zusammen. Die Langsiebpapiermaschine bedeutete das Ende des bisherigen Papierschöpfverfahrens mit starren und begrenzten Schöpfsieben. Man goß nun den wäßrigen Papierstoff auf ein Band aus flexiblem Metallgewebe. Die Blätter wurden nicht mehr geschöpft, sondern aus dem Endlospapier ge-

schnitten.²³⁾ Fünzig Jahre später, 1902, war die Zahl der Personen, die in der Papierfabrik beschäftigt waren, dann auf 184 gestiegen.

Schon Ende des 18. Jahrhunderts wurde die Mühle unter der Leitung von Kolb und Eckenstein um ein Laborantenhaus (Arbeiterhaus) und ein Wohnhaus erweitert. Unter Johann Sutter wurden in Gündenhäusern und bei der Fabrik selbst weitere Arbeiterwohnungen eingerichtet. Ab der Zeit des Gründerbooms 1872/73 berichten die Bauakten des Stadtarchivs Schopfheim über eine rege Bautätigkeit auf dem Gelände der Papierfabrik. 1883 waren Arbeiterwohnhäuser in Planung und 1889 sollte eine weitere Villa neu errichtet werden. 1891 folgte die Vergrößerung der Werkstätten und 1898 ein weiterer Fabrikanbau. 1903 kamen ein Pächterwohnhaus und ein Ökonomiegebäude, 1904 ein Lagerschuppen hinzu. 1909 kaufte die Papierfabrik in Höfen die Gündenhäusener Mühle auf und baute sie zu einer Kraftwerksanlage für den eigenen Bedarf um. Im gleichen Jahr war geplant, für Otto Bally ein Gewächshaus zu errichten. 1911 folgte ein neues Maschinenhaus über dem Gewerbekanal bei der Brücke nach Langebau, 1913 ein weiterer Lagerschuppen.

Diese rege Bautätigkeit ab der Gründerzeit, die auch nach dem sogenannten Gründerkrach und der „Großen Depression“ nicht endete, läßt die stabile wirtschaftliche Lage der Papierfabrik Sutter erkennen. (Gründerkrach und „Große Depression“ nannten die Zeitgenossen die Phase leicht abgebremsten Wirtschaftswachstums ab der zweiten Hälfte der 1870er Jahre). Der Einbruch kam erst in den späten 1920er Jahren, die Fabrik stellte ihre Produktion im Jahre 1934 ein. Produziert wurde im 19. Jahrhundert vor allem Schreibpapier. So lieferte Johann Kolb im Jahre 1803 während der Kontinentalsperre das Papier zur Erstausgabe von Hebels Gedichten. Während um das Jahr 1828 häufig Klagen über die schlechte Qualität des Schopfheimer Papiers laut wurden, lobte C. Fecht 1858 die Papierfabrik, „deren Fabrikat zu den besten dieses Industriezweiges gehört“.²⁴⁾

Auf der „Allgemeinen deutschen Industrieausstellung“ in Mainz 1842 präsentierte Sutter verschiedene Papiere. In einem zeitgenössischen Bericht heißt es: „Obgleich vorzugsweise nur *feine und superfeine Papiere in der Fabrik des Hrn. Ausstellers angefertigt werden, so liefert dieselbe doch bisweilen auch mittel- und ordinäre geleimte Sorten, in denen sie namentlich ansehnliche Quantitäten in Rollen von 48 bad. Zoll Breite versendet, welche zu Hand- und Arbeits-Plänen, zum Tapeziren, für Oel- und Wasser-Farben-Malerei, zum Embaliren [Verpacken] feiner Stoffe u.s.w. verwendet werden. Zur Anfertigung aller dieser Papiersorten dient eine bei Hrn. Andr. Köchlin & Comp., Mühlhausen, nach Didot'schem System erbaute Continuations-Maschine mit Trocken-Apparat [französische Langsiebpapiermaschine]. Die Fabrik liefert im Durchschnitt täglich 1200 Pfund Papier.“²⁵⁾*

Aus Anlaß einer Nachfrage der Badischen Fabrikinspektion zur Nutzung eines 1898 beantragten Fabrikanbaus erfahren wir aus der Antwort des „Baukontrolleurs“ Johann Siegele in Schopfheim: „Am 16. März [1898] begab ich mich an Ort und Stelle um mit dem Gesuchsteller über die Bestimmung der zu erbringenden Räumlichkeiten sowie die Aufstellung der Maschinen Rücksprache zu nehmen. Der Raum soll als Ausrüstesaal benutzt werden, hier wird das Papier vermessen, geschnitten und zum Versand verpackt. Maschinen sollen folgende Aufstellung finden: 1.) Eine Liniermaschine, 2.) Eine Schneidemaschine, 3.) Eine Papierpresse.“²⁶⁾ In den Jahren 1835 bis 1839 lag Sutter im Rechtsstreit mit der neugegründeten Baumwollspinnerei Gottschalk. Die Spinnerei Gottschalk wollte ihren Betrieb um eine Färberei und Druckerei erweitern, doch dadurch hätte die wieseaufwärts gelegene Produktion Gottschalks das für die Papierproduktion nötige klare Wasser verunreinigt. Die Klagen Sutters konnten die im großen Stil geplante Anlage einer Färberei und Druckerei verhindern.

Die Badische Fabrikinspektion ließ aber auch die Betreiber der Papierfabrik nicht ungeschoren. Es blieb nicht dabei, daß sie bei jedem Bauantrag ab 1879, dem Jahr der Einsetzung der Fabrikinspektion, die Einhaltung der Schutzmaßnahmen gegen

Arbeitsunfälle kontrollierte und für zeitgemäße sanitäre Anlagen, ausreichende Lüftung, Beleuchtung und Fluchtwege sorgte. Zum Jahreswechsel 1901/1902 löste „die Verunreinigung der Wiese durch Fabrikabwässer“⁽²⁷⁾ der Papierfabrik eine Beschwerde der wieseabwärts gelegenen Firmen aus. In der Folge „erhielt die Papierfabrik Joh. Sutter hier unterm 21. Juli 1904 die Auflage, die in dem Gutachten der Gr(oßherzogl.) W(asser-) & Str(aßen)b(au-) Insp(ektion) Lörrach vom 7.7.1904 bezeichneten Vorkehrungen: Erhöhung der Abflußwand zwischen Behälter und Kanal, Anbringung eines dichtschießenden Handzugschiebers in der Abflußwand bis spätestens 10. August l(aufenden) Jahres zu treffen.“⁽²⁷⁾ Trotz der Zusage der Papierfabrik, Filter und eine Kläranlage einzurichten und bis zum Einbau auf die Produktion derjenigen Papiere zu verzichten, die rote Abwässer hervorriefen, sahen sich die Gebrüder Großmann in Brombach ebenso wie Köchlin, Baumgartner & Cie in Lörrach dazu gezwungen, im Oktober 1904 abermals Beschwerde einzureichen.

Die Fabrikinspektion überwachte die Ausführung und bemerkte am 23. Oktober desselben Jahres dazu: „...haben wir, auf Grund einer kürzlich an Ort und Stelle vorgenommenen Besichtigung, folgendes anzuführen: Die Einrichtungen, welche in der Papier-

fabrik von Sutter getroffen sind, lassen fernerhin, richtige Bedienung vorausgesetzt, eine Verunreinigung der Wiese durch Farbabwasser ausgeschlossen erscheinen. Zur Sicherstellung einer gewissenhaften Anwendung der Schutzmaßnahmen empfiehlt es sich, die Firma nochmals ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß nur bei Herstellung rein weißen Papiere die Abwässer direkt vom Stofffänger in den Kanal geleitet werden dürfen, daß aber bei Anfertigung jeglicher Art gefärbten Papiere der Verbindungsschieber nach dem Kanal abgeschlossen und das vom Stofffänger abfließende Abwasser nach dem Vorsitzbassin gepumpt werden muß. Bei Nichtbeachtung dieser Vorschrift müßte der Ablauf nach dem Kanal vermauert und sämtliche Abwässer des Stofffängers nach dem Vorsitzbecken, welches dann erheblich zu vergrößern wäre, gepumpt werden.“⁽²⁷⁾

Die Fabrikinspektion übernahm also auch Überwachungsaufgaben für Bereiche, die wir heute dem Umweltschutz zurechnen. Freilich standen hier zu Beginn des 20. Jahrhunderts ausschließlich betriebliche Interessen im Mittelpunkt. Allein die Verfärbung des Gewässers zog verfahrenstechnische Auflagen für die Fabrik nach sich, nicht aber die Tatsache der Wasserverunreinigung an sich, die bei der Produktion von weißem Papier kaum geringer war.



Die Bleiheompagnie in der Au in Schopfheim

Die Bleiheompagnie in der Au in Schopfheim wurde 1755 gegründet. Sie entstand auf Anregung des Landvogtes Wallbrunn in Lörrach und wurde von einem Konsortium (Gesellschaft) aus Schopfheimer Bürgern betrieben, das aus dem Statthalter Sebastian Pflüger, den Räten Jakob Pflüger und Andreas Geiger und den Gerichtsmännern Johann Chr. Grether und Johann Caspar Marget bestand. Marget war ab 1757 Statthalter von Schopfheim und gleichzeitig Direktor der Bleiche. An die Gründung erinnert ein Gedenkstein in der Fassade der früheren Weberei Vogelbach auf dem Grundstück Mattenleestraße 28. Hier wurde auf stadteigenem Boden ein Gebäude für die Bleiche errichtet. Die zu bleichenden Stoffe aus Fabriken aus Mülhausen (Mulhouse), Basel und aus dem Wiesental selbst, wurden nach dem Bad im weichen, kalkarmen Wasser der Wiese in der Sonne ausgebreitet. Das letzte faßbare Überbleibsel – ein hölzerner Hängeschopf zum Trocknen der gebleichten Stoffe – steht heute noch nördlich der Wiese dicht am Entegast, dem Hausberg von Schopfheim.

Die Privilegien, darunter ein „privilegium exclusivum“ (ausschließliches Anrecht) für Sausenberg und Rötteln, die die Gründungskonzession enthielt, waren verbunden mit der Verpflichtung, innerhalb eines Jahres Gebäude für die Bleiche zu erstellen. Die Unternehmer mußten qualitativ hochwertige Arbeit liefern – dafür stellten sie einen Bleichmeister aus der Schweiz ein – und durften nicht mehr als den ortsüblichen Bleicherlohn verlangen. Sie waren verpflichtet, in Lörrach eine Filiale zu errichten, zu der später noch eine Filiale in Kändern hinzukam. Allerdings erhielten die Schopfheimer kein Exklusivprivileg für die ganze Markgrafschaft und mußten sich den Markt mit der schon bestehenden Bleiche in Basel teilen.

Die Geschäfte liefen gut, so daß die Bleiche im Jahre 1757 um eine Baumwollspinnerei und -weberei erweitert wurde, die allerdings zu Beginn mit Schweizer Webern betrieben wurde. Die ein-

heimischen zünftigen Weber wehrten sich gegen die Beschäftigung Ungelernter, die oft verarmte Kinder waren. Doch die Bleiheompagnie hatte die markgräfliche Regierung auf ihrer Seite. In den 1770er Jahren arbeiteten 400 bis 500 Personen weitverstreut an verschiedenen Orten in Heimarbeit für die Schopfheimer Manufaktur. Auch die Färberei von Garnen und Tuchen wurde jetzt verstärkt betrieben. – 1777 jedoch erhielt ein weiterer Konkurrent der Manufaktur, der Schweizer Johann Heinrich Theiler aus Wädenswil, Kanton Zürich, von der markgräflichen Regierung eine mit weitreichenden Privilegien ausgestattete Konzession zur Errichtung einer Baumwoll-, Halbleinen-, Leinen- und Seidenzeugfabrik in Schopfheim. Der Widerstand des gesamten Schopfheimer Stadtrates sowie des Statthalters Caspar Marget, der zugleich Direktor der Bleiheompagnie war, konnte daran nichts ändern. Die Produktion der neuen Fabrik begann 1779; bald erfolgte der Zusammenschluß mit Hauptmann Bischoff aus Baden (dem heutigen Baden-Baden). Doch der Betrieb mußte nach kurzer Zeit schließen, da ihm die Konkurrenz Bartlin Pflügers zugesetzt hatte, eines dritten Schopfheimer Textilunternehmers, der 1778 mit der Produktion von sogenannten Toggenburger Tüchern die Arbeitskräfte von Theiler abzog.

Bartlin Pflüger (* 1765, † 1827), ein Verwandter der Gründungsmitglieder aus der Familie Pflüger, Wirt des Gasthauses zum Pflug und ab 1810 Alleinbesitzer der Bleiche, baute die Reste der während der Napoleonischen Kriege (1803–15) zerstörten Bleiche und Manufaktur wieder auf. Er erweiterte sie durch eine chemische Bleiche für Baumwolltücher und Garne. 1857 kam eine mechanische Baumwollweberei hinzu. Hier arbeiteten an 40 Webstühlen 25 Personen. 1902 zählte die Belegschaft 70 Personen. Im Jahre 1906 ging der gesamte Betrieb an die Firma Vogelbach in Lörrach über. Leider sind über die Bartlinsche Weberei und über die spätere Weberei Vogelbach keine Unterlagen aufzufinden. Die Akten des Stadtarchivs Schopfheim zur Weberei setzen erst mit dem Jahr 1932 ein.



Seidenfabrik von Johann Jakob Schölly und Söhne aus Basel (später als Krankenhaus, Kaufm. Berufsschule und Handelsschule genutzt, 1967 abgerissen)

Das Verfahren für Chemiebleichen basierte zunächst auf Chlorwasser, dem sogenannten „Eau de Javel“ (benannt nach der Pariser Chemiefabrik Javel, die seit 1789 Chlorwasser für Bleichzwecke herstellte). Es konnte sich aber in dieser Form noch nicht durchsetzen, da die Chlorlösungen weder lagerungs- noch transportfähig waren und deshalb vor Ort in den Bleichen selbst hergestellt werden mußten. Das entsprechende Verfahren war keineswegs ungefährlich. 1798 gelang es in Glasgow, Chlor in Kalklauge zu binden und in pulverisierter Form auf den Markt zu bringen.²⁸⁾ In deutschen Staaten wurde es ab den 1820er Jahren angewendet. Während Naturbleichen viel Platz und Wasser und zwei bis drei Monate Zeit für die Bleiche einer Leinwand benötigten, erlaubte die chemische Bleiche mit einer Bleichdauer von vier bis sechs Tagen eine Zentralisierung von Spinnerei, Weberei und Bleiche.

Um 1815 richtete Koechlin in Fahrnau eine weitere chemische Geschwindbleiche ein, die jedoch bald wieder eingestellt wurde. Nach 1860, wahrscheinlich 1862, gründeten Johann Jakob Schölly und Söhne aus Basel in Schopfheim eine Seidenfabrik auf dem Gelände der heutigen Berufsschule. Diese Fabrikgründung mit Schweizer Kapital und Know-how – für das Wiesental typisch, in Schopfheim aber eine Ausnahme – konnte sich nur bis 1868 halten. Das Gebäude wurde an die Stadt verkauft, die es ab 1876 als städtisches Krankenhaus nutzte. Ab 1916 (das Krankenhaus zog um in die Schwarzwaldstraße), produzierte hier die Zigarrenfabrik Veith, bis die Berufsschule im Jahre 1950 das Gebäude übernahm. 1967 mußte der typische Industriebau dem Neubau der Berufsschule weichen.



Färberei Lenz und Färberei Jutzler in Schopfheim

Die Färberei Lenz, gegründet im Jahre 1752 durch Johann Georg Lenz, hatte ihre Wurzeln im Handwerk. 1890, also fast 140 Jahre später, arbeiteten hier laut Gisela Müller sechs Personen, 1900 etwa 40 Personen. Die Überlieferung ist lückenhaft, so daß sich nicht sagen läßt, wann die Färberei Lenz zur Fabrik wurde. Fecht zählt sie 1859 zum „mittleren Gewerbe“.²⁹⁾ Die Färberei Georg Lenz KG befand sich bis 1938 auf dem Areal der Firma Burckhardt & Schmidt. Die alten Gebäude an der Hauptstraße sind heute teilweise denkmalgeschützt. – Die frühesten im Stadtarchiv erhaltenen Schriftstücke zur Färberei Lenz stammen aus dem Jahr 1909. Damals kaufte die Firma „Gg. Lenz Färberei Schopfheim“ zwei Auskessel von der Maschinenfabrik Otto Wehrle in Emmendingen. 1926 findet sich ein Nachweis der Georg Lenz K.-G., Schopfheim, Mercerisieranstalt und Bleicherei/Seiden-, Kunstseiden- und Baumwollfärberei/Spulerei. Sie wurde 1938 von der Färberei Burkhardt & Schmidt aufgekauft.

1866 gründete Johann Friedrich Jutzler aus Tegernau die Baumwollfärberei Jutzler. Sie lag auf dem Grundstück der heutigen Entegaststraße 31. 1889 wurde ein Neubau errichtet.³⁰⁾ Johann Friedrich Jutzler (*1838 Tegernau, †1914 Schopfheim) war Sohn eines Färbers und bezog sein Wissen und seine Fertigkeiten aus der Lehrzeit bei seinem Vater. Auch sein Sohn Albert Jutzler (*1873 Schopfheim, †1906 Gresgen) eignete sich die von Generation zu Generation weitergegebenen handwerklichen Färbereikenntnisse an, ergänzte sie jedoch mit einem wissenschaftlichen Studium der Chemie in Karlsruhe und Freiburg, wo er promovierte. Doch schon zehn Tage nach der Geschäftsübergabe vom Vater auf den Sohn im Jahre 1906 erlag der junge Unternehmer im Alter von 33 Jahren beim Skifahren einem Herzschlag. Der Vater führte die Firma noch ein halbes Jahr, bis er sie dann im Sommer 1906 verkaufte. Sie wurde zur Baumwollfärberei und -druckerei Rudolf Schroers.³¹⁾

Der Ausbau der Färberei Rudolf Schroers begann mit einer 1909 errichteten neuen Trockenkammer. 1910 wurde die Färberei um einen Shedbau und

einen Kamin erweitert. 1910 bis 1914 erfolgte der Umbau der Villa, 1913 der Umbau der Schlosse-
rei und die Einrichtung mehrerer Lastenaufzüge,
im Kriegsjahr 1915 ein Anbau an das Kesselhaus.
Die Fabrikinspektion achtete auf die Einhaltung
allgemeiner Arbeiterschutzbestimmungen, vor
allem aber darauf, daß gesundheitsschädliche
Dämpfe „an den Entstehungsstellen abzusaugen
und ins Freie zu leiten sind“. ³²⁾ Außerdem bestand
sie auf Maschinen, bei denen bereits in der
Konstruktion an Unfallverhütung gedacht wurde:
„Neu zur Aufstellung kommende Zentrifugen sind
mit automatisch schliessendem Deckel zu ver-
sehen, so dass die Zentrifuge erst nach Abschluss
des Deckels in Gang gesetzt und nur mit still-
stehender Trommel geöffnet werden kann. Zentri-
fugen müssen mit schmiedeeisernem Mantel ver-
sehen sein.“ ³²⁾ Darüberhinaus beaufsichtigte die
Inspektion das Abwasseraufkommen. In den
1930er Jahren wurde die Färberei Schroers still-
gelegt, doch schon 1938 als Färberei Schopfheim
GmbH wieder in Betrieb genommen.

Drahtzug Gottschalk und Spinnerei Atzenbach in Schopfheim

Im Jahre 1757 erhielt der frühere Schreiber des
Kanderner Eisenwerkes Johann Friedrich Gott-
schalk (*1725, †1761) zusammen mit dem Kan-
derner Faktor Kümich die Konzession zum Bau
eines Drahtzuges in Schopfheim. Er wurde im
heutigen Gottschalkweg errichtet, lag also west-
lich außerhalb der Stadt an der Wiese, jedoch
oberhalb der Papiermühle in Höfen. Heute
erinnert an ihn noch das Gasthaus „Am Drahtzug“
im Gottschalk-Weg. Für die Gründung waren
10.000 fl Kapital nötig. Kümich steuerte 1.500 fl,
Gottschalk 4.500 fl bei, der Rest mußte im
Ausland aufgenommen werden.

Die Produktion von Draht, Drahtstiften und
Drahtgeflechten begann 1759. Der Rohstoff
wurde vom Hausener Eisenwerk bezogen,
zunächst jährlich 700 Zentner, im Jahre 1790
mehr als 800 Zentner, etwa die Hälfte der Hause-



ner Gesamtproduktion. Das ausgewählte Rohmaterial wurde zu sogenannten Drahtknüppeln geschmiedet, zugespitzt, mit Fett und Schwefel eingerieben, um die Reibung beim Ziehen zu mindern, und mit dem angespitzten Ende durch das Loch eines Zieheisens gesteckt. Daraufhin wurde der hintere, dicke Teil des Drahtknüppels rotglühend erhitzt, der vordere angespitzte Teil aber mit einer Zange erfaßt und durch das Zieheisen gezogen. Die im Durchmesser abgestuften, immer feiner werdenden Zieheisen waren auf Ziehtischen montiert. Der Drahtzug in Schopfheim war mit vier Ziehtischen ausgestattet. – Der Drahtzug wirkte aber auch als Zwischenhändler für Roheisen und versorgte handwerkliche Nagelschmieden im hinteren und Kleinen Wiesental damit. Möglicherweise übernahm der Schopfheimer Drahtzug dabei die Rolle eines Verlegers für die an abgelegenen Standorten arbeitenden Handwerker. Die eigenen Produkte des Schopfheimer Drahtzuges wurden in Baden, Württemberg, Österreich, im Elsaß und in der Schweiz abgesetzt.

Nach dem Tode Johann Friedrich Gottschalks im Jahre 1761 ging der Drahtzug 1763 in den Alleinbesitz seiner Witwe über, dafür zahlte sie Kümich mit 3.600 fl aus. Bald übernahm ihr Sohn Johann Friedrich Gottschalk – er trug denselben Namen wie der Vater – die Geschäfte und führte sie bis zu seinem Tode 1823. Sein Sohn, Ernst Friedrich Gottschalk, also der Enkel des Gründers, wurde der Nachfolger. Ernst Friedrich Gottschalk (*1802 Schopfheim, †1851 Illenau) war von 1840 bis 1842 Bürgermeister von Schopfheim, von 1843 bis 1848 erster Verwaltungsratsvorsitzender der privaten Ersparnisgesellschaft des Bezirkes Schopfheim, also der späteren Sparkasse. Außerdem wurde er Abgeordneter in der Zweiten Kammer der badischen Ständeversammlung und in der Nationalversammlung, dem Frankfurter Paulskirchen-Parlament.

Ab Beginn des 19. Jahrhunderts waren das Kanderner und das Hausener Eisenwerk trotz großherzoglicher Unterstützung nicht mehr konkurrenzfähig. 1828 bot die Regierung Gottschalk

und seinem Schwager Grether die Eisenwerke in Hausen und in Zell zur Pacht an, doch sie lehnten ab. Mit dem Eintritt Badens in den Zollverein im Jahre 1835 kam das Ende für die Eisenwerke im Wiesental. Die nun wegfallenden innerdeutschen Zollschränken hatten die kleinen Essen bisher geschützt. Jetzt drängten die Produkte der wirtschaftlicher arbeitenden Eisenhütten des rheinisch-westfälischen Industriegebietes auf den Markt.

Die Folge war die Schließung abhängiger Verarbeitungsbetriebe wie etwa des Drahtzuges in Schopfheim. Ernst Friedrich Gottschalk ließ bereits im Jahre 1834 die Produktion einstellen, erhielt aber die Genehmigung, den Drahtzug in eine mechanische Spinnerei zu verwandeln. Ein mächtiger Neubau im Stile Weinbrenners wurde hinter dem Drahtzug näher zur Wiese hin errichtet. Er hatte fünf Stockwerke, die Geschoßhöhe betrug jeweils 4,50 Meter. Diese Bauweise war erst möglich geworden durch die Verwendung von Gußeisensäulen, die ab 1800 für Hochbauten Verwendung fanden. Der alte Drahtzug wurde 1860 abgerissen. Der Versuch, neben der Spinnerei auch eine Färberei und Druckerei zu betreiben, scheiterte am Einspruch der talabwärts in Höfen liegenden Papierfabrik Johann Sutter. Sie konnte, wie wir schon gesehen haben, ihren Anspruch auf unverschmutztes Wasser durchsetzen. Dieser Streit zog sich über die Jahre 1835 bis 1839 hin.³³⁾

Die Arbeit der Spinnerei begann 1837 mit 96 Personen. (Im Drahtzug hatten 1829, also acht Jahre zuvor, nur zehn Personen gearbeitet.) 1840 waren es schon 155, 1841 176, 1862 240 Personen, in der Regel mehr Kinder als Erwachsene, und von den Erwachsenen waren mehr als die Hälfte Frauen. Oberamtmann Seybel erwähnt 1869 auf einer Sitzung des Bezirksrates lobend die Regelung der Kinderarbeit in der Schopfheimer Spinnerei Gottschalk und Grether. Es sei vorbildlich, daß die Kinder hier nur entweder am Vormittag oder am Nachmittag sechs Stunden arbeiteten, und so die notwendige Erholung gewährleistet sei.³⁴⁾ Mit diesen Belegschaftszahlen, mit 12.720 Spindeln im Jahre 1849 und

20.000 Spindeln im Jahre 1859 war die Spinnerei Gottschalk die größte Textilfabrik in Schopfheim im 19. Jahrhundert.

Schon bald nach der Gründung der Spinnerei war Carl Wilhelm Grether aus Lörrach (*1803, †1890), der Ehemann von Gottschalks Schwester Maria Elisabeth, in die Geschäftsleitung eingetreten. Die Firma hieß nun Gottschalk & Grether. 1863 wurde eine Filiale in Wehr errichtet. 1865 ersteigerten Gottschalk und Grether das Hausener Eisenwerk und richteten dort eine Florettseidenspinnerei ein. Nach dem Tode Ernst Friedrich Gottschalks im Jahre 1851 traten die Töchter Ernestine und Maria als Gesellschafterinnen in die Geschäftsleitung ein. Maria heiratete 1857 den Schopfheimer Carl Majer, der daraufhin gleichfalls Teilhaber wurde. 1875 nahm die Spinnerei nach dem Ausscheiden Carl Wilhelm Grethers den Namen Gottschalk & Majer an. Carl Majer-Gottschalk trat 1885 aus der Geschäftsleitung aus, an seiner Stelle folgten die Söhne Carl und Ernst. Ernst Gottschalk-Majer heiratete 1889 Alice Kym und wurde nach dem Tode seines ledig gebliebenen Bruders Carl im Jahre 1904 alleiniger Geschäftsführer.

Doch warum hieß die Spinnerei in Schopfheim ab 1910 Spinnerei Atzenbach? 1849 begann in Atzenbach im hinteren Wiesental der Betrieb einer neugegründeten mechanischen Spinnerei mit 21.000 Spindeln unter dem Namen (Johann) Georg Grether & Co. Zu den Teilhabern gehörten neben anderen Unternehmern des vorderen Wiesentales auch Ernst Friedrich Gottschalk und Carl Wilhelm Grether, also das Unternehmen Gottschalk & Grether in Schopfheim. Die Spinnerei in Atzenbach hieß ab 1855 Spinnerei Atzenbach. Der Geschäftssitz aber wurde nach Schopfheim verlegt. Das Gesellschaftskapital betrug 700.000 fl. Das Atzenbacher Werk überflügelte bald die Schopfheimer Spinnerei. 1869 liefen in Atzenbach schon 27.000 Spindeln, 54 Spinnmaschinen und zwei Schlichtmaschinen. 1894 wurde die vormalige Kammgarnspinnerei in Mambach erworben, das Unternehmen expandierte aber auch nach Zell und Lörrach. Schließ-

lich wurden im Jahre 1910 die Spinnereien in Atzenbach und Schopfheim vereinigt. Der Verwaltungssitz blieb in Schopfheim.³⁵⁾ Die Umwandlung zur Aktiengesellschaft erfolgte 1922. 1966 wurde das Werk Schopfheim der „Spinnerei/Weberei Atzenbach AG“ geschlossen, das Gebäude, die „Spinni“, im Jahre 1980 abgerissen.

Doch zurück ins 19. Jahrhundert. Die Aufgabfelder innerhalb des Unternehmens mit seinen Produktionsstätten an verschiedenen Orten des Wiesentales diversifizierten sich. Es führten nicht mehr alle Teilhaber die Geschäfte, sondern einzelne Vertreter, die relativ häufig wechselten, wurden für diese Aufgabe bestellt. Unter ihnen war auch Carl Krafft, der ab 1886 Geschäftsführer der Spinnerei in Schopfheim war und gleichzeitig der Handelskammer in Schopfheim als Präsident vorsah. (Zur Lederwarenfabrik Gebrüder Krafft in Fahrnaue hatte er keine geschäftlichen Verbindungen.) Er war ab 1895 Mitglied der Ersten badischen Kammer und wurde 1896 beauftragt, über eine bei der Kammer eingegangene Petition des Bundes deutscher Frauenvereine zu berichten. Die Petition war schon im Dezember 1894 an die Handelsminister verschiedener Bundesstaaten verschickt worden und forderte die Einsetzung einer Fabrikinspektorin, die als Ansprechpartnerin für die vielfältigen und oft spezifischen Belange der Arbeiterinnen fungieren sollte.³⁶⁾ In der Begründung der Petition hieß es, „daß es ein Nachteil für die Arbeiterinnen sei, sich in Fragen ‚gesundheitlicher Schädigung sowie Sittlichkeitsbedenken‘ an männliche Fabrikinspektoren wenden zu müssen. Aus Scheu und Scham würden sie lieber Nachteile in Kauf nehmen und schweigen.“

Krafft wies die Vorwürfe der Petition zurück: Der Fabrikant achte selbst auf Ordnung und Hygiene in seiner Fabrik, und weil für trotz allem auftauchende Beschwerden „doch meist in der Familie des Fabrikherrn oder des Direktors oder Obermeisters eine Frau vorhanden (ist), die sich gerne zum Dolmetsch solcher Wünsche macht“, sei eine Fabrikinspektorin eine überflüssige Institution. Abgesehen davon sei aber zu bedenken, daß im Falle der Einrichtung einer solchen Stelle eine

Frau den Posten einer Staatsbeamtin bekleiden müsse. Und dazu sei sie auf Grund ihrer Natur nicht in der Lage. Das Gemütsleben einer Frau lasse es nicht zu, einen unparteiischen Standpunkt einzunehmen. Die Emanzipationsbewegung der Frauen müsse deshalb sorgfältig im Auge behalten werden, damit sie nicht eine Richtung einnehme, die dem Staat Schwierigkeiten bereiten könne.³⁶⁾ Trotz dieser Einwände Carl Kraffts wurde die Schaffung der Stelle befürwortet, und ab dem Jahre 1900 war in Baden eine Fabrikinspektorin tätig.

Gerberei und Lederwarenfabrik Gebrüder Krafft

(Karl) Wilhelm Krafft (*1828, †1860), Sohn eines Fahrnauer Weinhändlers, und gelernter Rotgerber, gründete 1854 auf dem ererbten Grundstück einer seit der Jahrhundertwende stillliegenden Rotgerberei (ehemalige Gerberei Johann Nikolaus Flury) die Lederwerke Krafft Fahrnau. Sie bestanden dort in der heutigen Hauptstraße 269–271 bis zu ihrer Auflösung im Jahre 1964. Ab 1856 wurde Wilhelm Krafft von seinen Brüdern Karl Friedrich (*1831, †1896) und Ernst Krafft (†1888) unterstützt. Karl Friedrich war von Anfang an Teilhaber, Ernst wurde dies erst 1881. Das Unternehmen hieß ab diesem Zeitpunkt Gebrüder Krafft. 1859 übernahm der jüngste Bruder Albert Krafft (*1836, †1899) die kaufmännischen Angelegenheiten und schon ein Jahr später, nach dem frühen Tod des Gründers, die Geschäftsleitung. Unter seiner Führung erweiterte sich der Betrieb räumlich und personell. 1896 übernahmen zwei Söhne Albert Kraffts, Wilhelm (*1863, †1927) und Albert Krafft jun. (†1917), das Unternehmen. 1899 kam ein dritter Bruder, Dr. Fritz Krafft (*1872, †1950), hinzu.

In den Anfangsjahren wurde in Fahrnau vor allem Riemenleder für die eigene Treibriemenproduktion und Kalbsleder für den Export nach Amerika hergestellt. Das Exportgeschäft aber war wegen der dünnen Finanzdecke der Fabrik nicht zu halten, so daß man sich bald auf die Produktion von

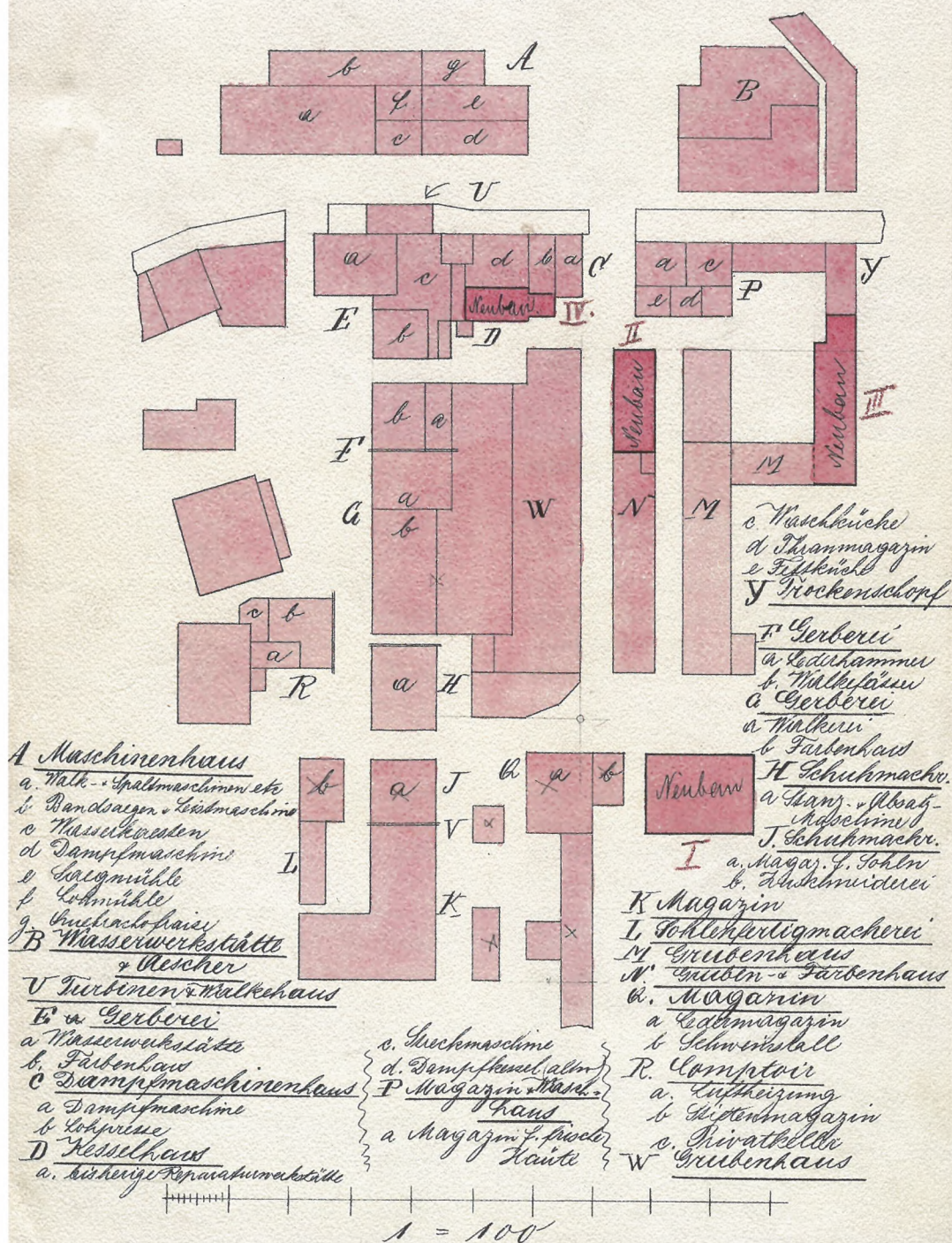
Sohl-, Ober- und Riemenleder für den einheimischen Markt konzentrierte. Vor allem die große Nachfrage nach unterschiedlichsten Transmissionsriemen (Treibriemen) brachte die Firma voran. In einer Zeit, in der Kraftquellen zentral an Wasserrädern und Dampfmaschinen gelegen waren und zur Kraftübertragung hin zu den Maschinen Transmissionen aus Leder und Seil eingesetzt wurden, gehörte die Treibriemenproduktion zu den Schlüsselindustrien. Ehe der allmähliche Übergang zum dezentralen Antrieb, also hin zum an jeder Maschine separat montierten Elektromotor vollzogen war, spannte sich durch die Räume einer jeden Fabrik ein verwirrender Dschungel aus Treibriemen. Sie verbanden Kraftquellen und Maschinen miteinander. Bei laufendem Betrieb schwirrten, krachten und schlugen sie. Die Transmissionsriemen bargen erhebliche Verletzungsgefahren in sich, beim Umlegen etwa oder wenn überlastete Riemen rissen.

Die Firma Krafft produzierte diese Riemen in allen Längen und Stärken. – Das traditionelle Gerbverfahren in Gruben wurde erweitert durch die Faßgerbung, die jedoch nur bei leichteren Ledern Einsatz fand. Ab 1896 setzte man als Gerbmittel außer der bisherigen Lohe aus Rinden und Hölzern auch Chromsalze ein. Unter Zusatz von Fett, Mehl und Salz stellte man im Crowngerbverfahren besonders zähe Leder her. Die so bearbeiteten Leder wurden speziell für Schlagriemen mechanischer Webstühle und für Nähriemen eingesetzt, die höchsten Belastungen ausgesetzt waren.

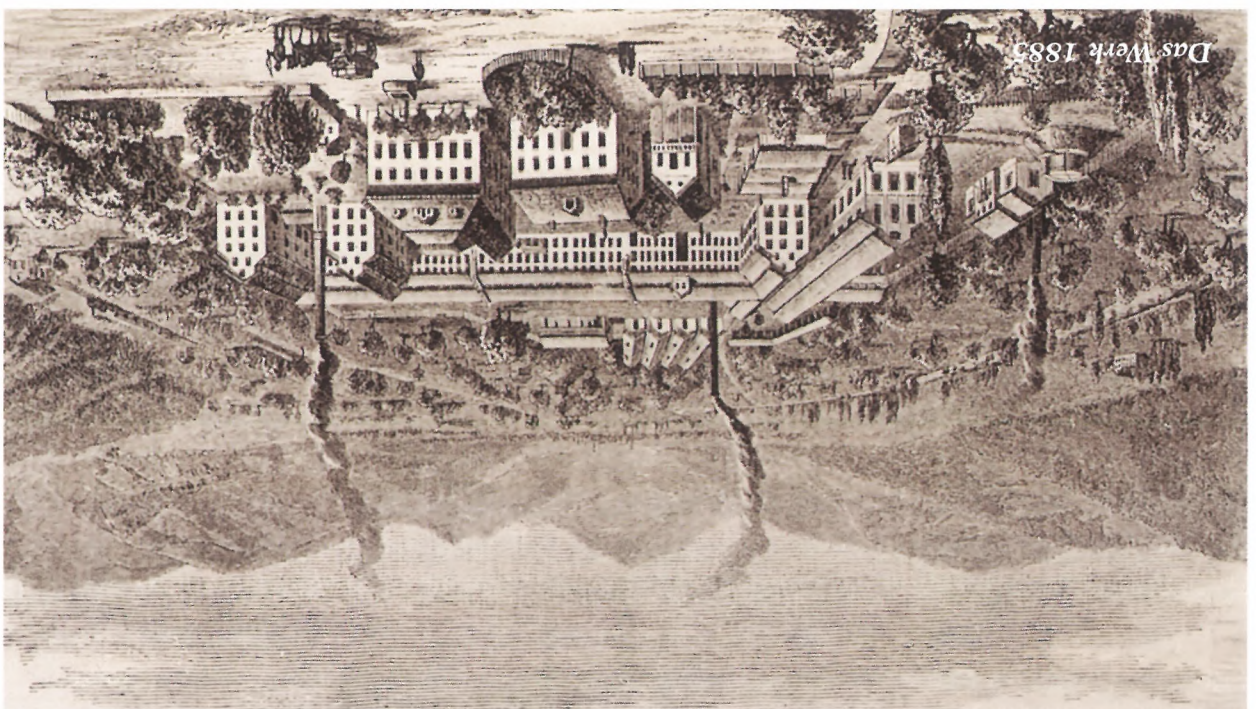
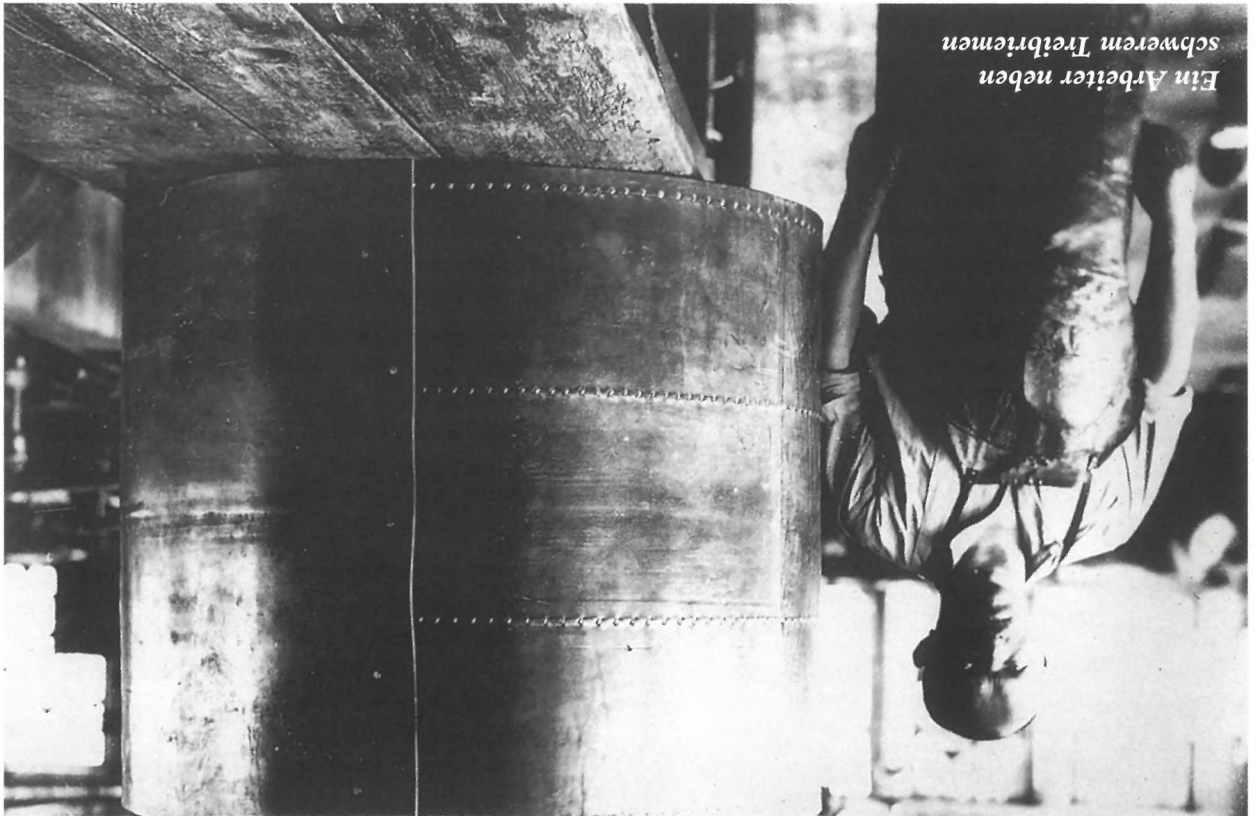
Ab 1865 wurden zusätzlich Webervögel nach englischem Muster hergestellt. Diese sogenannten Pickers waren Verschleißteile aus Leder für die mechanische Weberei. Die Anfangsschwierigkeiten beim Vertrieb dieser Kleinteile machen den bis in das 20. Jahrhundert anhaltenden schlechten Ruf des deutschen Maschinenbaus deutlich. Die Qualität von Maschinen wurde am englischen Vorbild gemessen, und da deutsche Maschinen und Einzelteile an Präzision und Haltbarkeit den englischen Produkten zunächst weit nachstanden, führte die englische Regierung eine Zwangskenn-

Situations - Plan

(von 1890)







zeichnung deutscher Produkte ein, die den Schriftzug „made in Germany“ trug. Das sollte Käufer vor dem Erwerb von Produkten minderer Qualität bewahren. Als Krafft in Fahrnau dazu übergang, die Webervögel nicht mehr in der einfachen (deutschen) Art, sondern unter Mithilfe eines englischen Fachmanns und mit englischen Pressen zu produzieren, mußte die Firma diese in Deutschland hergestellten Webervögel an einen englischen Zwischenhändler weitergeben, der sie dann als angeblich englische Produkte verkaufte. Der deutsche Markt akzeptierte die als minderwertig geltenden deutschen Verschleißteile nicht.

Ebenfalls ab 1865 begann man mit der Holzschuhproduktion. Lederschuhe wurden bereits seit 1864 mit handwerklichen Methoden hergestellt und vor allem an die Armee geliefert. Ab 1877 setzte die Mechanisierung der Schuhproduktion ein. Es wurden vor allem schwere Arbeits-, Sport- und Bergschuhe produziert. Im Laufe der Jahre wurde die industrielle Schuhfabrikation zu einem weiteren Hauptzweig des Unternehmens. – Um- und Neubauten auf dem Firmengelände und dessen Erweiterung ziehen sich durch die gesamte Geschichte der Firma Krafft. Einen bedeutenden Innovationsschub aber brachte ein Großfeuer, das im August 1899 die Holzschuh- und Leder magazine vernichtete. An Stelle der alten Gebäude wurde eine neue Schuhfabrik mit modernen Maschinen errichtet. Der dem Bauantrag von 1890 beigelegte Situationsplan mit Erläuterungen der Produktionsstätten erlaubt einen Einblick in die verschiedenen Arbeitsbereiche.

Während die Gerberei in ihren Anfängen im Jahre 1855 mit nur drei Gesellen produzierte, waren 1880 ungefähr 250 und 1897 524 Personen, vorwiegend Männer, bei Krafft beschäftigt. 1902 arbeiteten hier 383 Männer und 65 Frauen in der Fabrik und 42 Frauen und drei Männer gegen Lohn in Heimarbeit. Ab 1876 und später noch einmal ab 1891 errichtete das Unternehmen einige Arbeiterwohnhäuser. Im Jahre 1878 entstand eine Kleinkinderschule zur Betreuung von 50 Kindern, die zum Teil auf Kosten der Lederwerke, zum Teil aus Spenden und einem Beitrag der

Gemeinde betrieben wurde. Schon zuvor war eine Krankenkasse eingerichtet worden, die bei einem monatlichen Beitrag von 80 Pfennigen ärztliche Hilfe, Apothekenbenutzung und ein Krankengeld bot. Eine Albert-und-Emma-Krafft-Stiftung sollte hilfsbedürftige Arbeiter unterstützen.³⁷⁾

Im Jahre 1881 richtete die Gebrüder Krafft Leder- und Lederwarenfabrik eine Filiale in Bregenz ein, um die nach dem Handelsvertrag mit Österreich gestiegenen Einfuhrzölle zu umgehen. Das Unternehmen hatte vor der Einführung der Schutz-zollpolitik stets einen guten Absatz in Österreich erzielt und wollte diesen Markt nicht verlieren. Ab 1883 wurden deshalb in einer früheren Seidenweberei zwischen Bregenz und Lochau Holzschuhe hergestellt, auch eine Gerberei wurde eingerichtet. Das Filialunternehmen leitete Ernst Krafft (†1888), der schon 1881 als Teilhaber in die Fahrnauer Fabrik eingestiegen war. Bis 1918 waren in Bregenz etwa 200 Arbeiter beschäftigt. Danach mußte die Filiale verkauft werden, doch die neuen Besitzer führten sie unter dem Namen Krafft weiter.

Für die Fahrnauer Lederfabrik liegt mit einer Untersuchung des Fabrikinspektors Karl Bittmann zur Hausindustrie in Baden aus dem Jahre 1907 der seltene Fall einer genauen Beschreibung der Arbeits- und Lebensverhältnisse der Arbeiter vor. Die Fragestellung der Untersuchung beschränkt sich allerdings auf die Heimarbeiterinnen bei Krafft.³⁸⁾ Laut Bittmann wurde in geringem Umfang Heimarbeit vergeben, und zwar an 42 Ehefrauen oder Witwen der bei Krafft beschäftigten Arbeiter und an drei vormals bei Krafft beschäftigte, nun aber invalide Männer.

Bittmann beschreibt ausführlich die verschiedenen Tätigkeiten der Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen: Flecke pappen (also Flecke aus Sohllederreststücken zum Aufbau der Absätze zusammensetzen), Schäfte nähen (ein Schaft ist der weiche Oberteil des Schuhs), Filzfutter von Hand und mit der Maschine nähen, Pantoffeln verbandeln (mit Zierpaspeln versehen), Schuhkappen schärfen (Lederstücke, die zur Versteifung

zwischen Ober- und Futterleder eingefügt werden, mit dem Messer an den Rändern dünn ausarbeiten), Keder schärfen (Lederstreifen mit dem Messer abschrägen), Keder auf Absatzleder aufnageln und Schuhriemen schneiden.

Für die Heimarbeit verdienten die 25 von Bittmann aufgesuchten und befragten Frauen im Durchschnitt 85 Mark pro Jahr, das entspricht zwischen 8 und 17 Pfennig pro Stunde. Ihre Männer, die bei Krafft als Fabrikarbeiter beschäftigt waren, verdienten durchschnittlich 860 Mark pro Jahr abzüglich der Beiträge für Sozialversicherungen (Kranken- und Invalidenkasse). Bittmann erläutert in 15 Beispielen die Lebensbedingungen der Befragten.

Exemplarisch sei hier Beispiel 12 wiedergegeben: „Der vierundvierzigjährige Mann ist seit 14 Jahren in der Fabrik beschäftigt, wo er 80 Mk. [im Monat] verdient. Es sind 6 Kinder im Alter von 1 bis 14 Jahren zu Haus. Die Mutter verdient mit Kedernageln 8 Mk. [im Monat]. Der Gesamtverdienst beträgt 88 Mk.

<i>Hiervon werden ausgegeben für</i>		
<i>die Zweizimmerwohnung</i>	10.–	Mk.
<i>Holz</i>	5.–	"
<i>Milch</i>	22.50	"
<i>Mehl zum Backen und Kochen</i>	16.–	"
<i>Kartoffeln</i>	3.80	"
<i>Kaufladen</i>	16.–	"
<i>Fleisch</i>	6.	"
<i>Zusammen</i>	79.30	Mk.

Für Wohnung, Heizung und Nahrung wird also gerade das Einkommen des Mannes aufgebraucht; für sonstigen Bedarf und Unvorhergesehenes muß der Verdienst der Mutter ausreichen. ‚Wenn man Kleider und Wäsche kaufen will, so muß man es am Maul absparen‘, sagt die Frau.“³⁸⁾

Die Kinderzahl betrug durchschnittlich 4,5. Die geringste Kinderzahl betrug 2, die höchste 11. Dazu bemerkte Bittmann: „Wie die Kinder das zinstragende Kapital der Familie darstellen, zeigt insbesondere die kinderreichste Familie. Die Mutter, die Witwe ist, verdient nur 89 Mk. jährlich, durch die Löh-

ne und Kostgelder sechs arbeitender Kinder wird das Einkommen auf 2600 Mk. jährlich erhöht, wodurch eine sorgenfreie Lebenshaltung und eine vergleichsweise kräftige Ernährung ermöglicht wird.“³⁸⁾

Die Ergebnisse der Befragung zu Wohnung und Ernährung faßt Bittmann folgendermaßen zusammen: „Drei der fünfundzwanzig untersuchten Familien bewohnen eigene Häuser im Wert von 8000, 9000 und 11000 Mk., wovon nur eines, das mit in Amerika verdientes Geld gekauft wurde, schuldenfrei ist. Elf Mietwohnungen enthalten je drei, sechs Wohnungen je zwei Zimmer, außerdem Küche und Keller; zumeist gehört ein Stückchen Garten zur Wohnung. – Die vierwöchige Miete beträgt in einem Falle (Dachwohnung) 7 Mk., in fünf Fällen 10 Mk., in 7 Fällen 11 Mk., in drei Fällen 15 Mk. und in einem Fall 16 Mk. – Geheizt wird mit Holz. Der Bedarf beträgt 4 bis 6 Ster. Der Ster kostet 10 Mk.

Hauptnahrungsmittel sind Milch, Kartoffeln, Brot. Der ortsübliche Preis für 1 l. Milch beträgt 0,20 Mk. Die Firma liefert aus ihrer Ökonomie 1 l. zu 0,18 Mk. Der Tagesverbrauch beträgt 2,5 bis 6 l. je nach Zahl und Alter der Familienmitglieder. Drei Familien halten Kühe, und zwar je 1, 2 und 3 Stück. Der Milchüberschuß wird verkauft. Kartoffeln werden meist im Herbst eingekauft und in den Keller verbracht. Ein Zentner (3 Sester) kostet 3 Mk. Der Jahresbedarf beträgt 30, 40 und 50 Sester je nach Größe der Familie. Einige Familien bauen die Kartoffeln oder doch ein Teil des Bedarfs selber. – Brot wird entweder gekauft oder, in fünf Fällen, selbst gebacken. Der vierwöchige Bedarf an Brot oder Brotmehl beträgt 10 bis 18 Mk., in einem Falle über 33 Mk. – Nur in drei Familien wird täglich Fleisch gegessen, 0,25, 0,37 und 0,5 k(g), in den übrigen Familien zwei oder dreimal wöchentlich. In 21 Familien mit 125 Köpfen – die Kinder unter 2 Jahren sind nicht gezählt – werden in vier Wochen 133 k(g). Fleisch zum Preis von 200 Mk. (1,50 für 1 k[g].) verbraucht. Dies entspricht 1,064 k(g). für den Kopf in vier Wochen oder 38 g(r). täglich.

Suppen verschiedener Art; Kartoffeln, gesotten, geschmolzt oder gebraten, auch in Rahmsauce; Mehlspeisen wie Omeletten, Nudeln, Maccaroni, einfacher Kuchen und dergleichen, auch Gemüse und Salat

kommen werktags auf den Tisch. Morgens gibts Kaffee [Kaffeersatz aus Zichorien] und Brot, abends Mehlsuppe, Milchsuppe, Kartoffeln und Milch, manchmal auch nur wieder Kaffee und Brot. – Das Arbeits-einkommen der Familie reicht meistens gerade für Wohnung, Heizung und Nahrung aus.“³⁸⁾

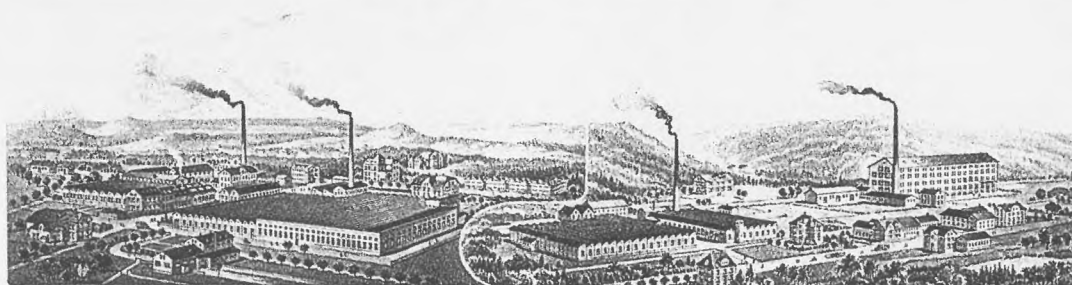
Webereien in Fahrnau und Langenau

Die „Niedere Mühle“ in Fahrnau wurde in den 1680er Jahren von einer Getreidemühle und Hanf-reibe zu einer Hammerschmiede umgebaut und als solche unter verschiedenen Besitzern bis 1780 betrieben. Die Schmiede mußte allerdings ihre Erzeugnisse ins Ausland absetzen, da sie den markgräflichen Eisenwerken keine Konkurrenz machen durfte. Sie stellte Zylinder, Spindeln, Bau-

eisen, Deichelbohrer und Deichelzwingen her. (Deichel sind aus dünneren Stämmen gebohrte Wasserrohre, Deichelzwingen verbinden die Rohr-stücke.) Nach einigen Jahren der Schließung, in denen geprüft wurde, ob die Hammerschmiede eine Gefahr für das herrschaftliche Eisenwerk in Kandern darstelle, wurde sie 1812 an den Basler Kaufmann Rudolf und 1815 an den Basler Schmied Nikolaus Singeisen verkauft. Bis 1850 betrieben Singeisen und seine Nachkommen die Hammerschmiede erfolgreich als Handwerksbe-trieb, in dem zu diesem Zeitpunkt Wendelbäume und Wagenachsen hergestellt wurden.

Doch in der Zwischenzeit hatte die Familie Singeisen zahlreiche links der Wiese gelegene Grund-stücke erworben und so den Grundstock für die 1852 von Rudolf Singeisen gegründete mechani-

Handbuch der Badischen Wirtschaft



SINGEISEN & HORN * FAHRNAU UND LANGENAU

Mechanische Webereien und Zwirnerei

Gegründet 1889

Stammsitz Fahrnau

Gegründet 1889

Rohweberei von Baumwollwaren in glatter und gemusterter Ausführung wie Cretonnes, Renforcé, Zannellas, Croisés, Piqués, Faconnés, Damaste in roh und bunt, Tischzeuge, Servietten, Taschentücher usw.

Eigene Wasserkraftanlagen mit elektrischen Zentralen und Dampfeserven

sche Weberei geschaffen, die von Nikolaus Singeisen (*1847, †1906), dem Enkel des Hammerschmiedebesitzers, fortgeführt wurde. In den 1890er Jahren trat Otto Horn mit in die Geschäfte ein, und das Unternehmen hieß nun Weberei Singeisen & Horn Fahrnau. Spätestens seit 1937 war die Weberei Fahrnau der Spinnereien-und-Webereien-im-Wiesental-AG mit Sitz in Haagen angeschlossen. Die Weberei nahm den Betrieb im Gründungsjahr 1852 mit 60 Webstühlen auf und hatte 1858 74, 1891 300 und 1897 305 Webstühle. 1852 waren hier 40 Personen beschäftigt, während die vorherige Hammerschmiede mit nur fünf Gesellen geführt worden war. 1862 arbeiteten 46 Personen bei Singeisen, 1891 waren es 100. 1878 besaß Singeisen zwei Arbeiterhäuser mit zehn Zwei- und Drei-Zimmer-Wohnungen. 1902 waren bei Singeisen & Horn 220 Personen beschäftigt, davon 125 Frauen und 79 Männer.

Über den Ausbau der Weberei geben die Bauakten ab 1875 Auskunft. Im Winter 1902/03 mußte für einen Fabrikneubau mit Einverständnis des Gemeinderats die damalige Webergasse (heute Hans-Vetter-Straße und Hammerschmiedgasse) verlegt werden. Für Webereien kamen Hochbauten nicht in Frage, da die Webstühle zu schwer waren und große Erschütterungen verursachten. Deshalb wurde auf großen Grundflächen gebaut, die Sheddächer mit Oberlichtern nötig machten. Die ab 1900 einsetzende Tafelglasproduktion stellte die für die Arbeitshygiene notwendigen großen Fenster bereit. Der Ausbau bei Singeisen & Horn setzte sich von 1907 bis 1911 weiter mit Anbauten und einer neuen Turbinenanlage fort.

Die Weberei in Langenau ist die einzige im 19. Jahrhundert gegründete Schopfheimer Textilfabrik, die bis heute – nun als Teil des Unternehmens Arlington Socks – in Betrieb ist. Zur Geschichte der Weberei ist leider nur sehr wenig überliefert. Gegründet wurde das Unternehmen 1867 von Max Seitz aus Langenau. Er verkaufte im Jahre 1870 an die Gebrüder Friedrich und Wilhelm Cleis (Leupold und Cie.). Anfang der 1890er Jahre ging das Unternehmen über an die Weberei Singeisen & Horn in Fahrnau. Nach dem

Tod Nikolaus Singeisens 1907 wurde es, als Mechanische Weberei Otto Horn, wieder zu einem eigenständigen Betrieb.

Schlußbetrachtungen

Die Industrialisierung veränderte die Region in und um Schopfheim sehr stark. Das wird am Beispiel Fahrnau am deutlichsten, das sich von einer kleinen, wenn auch wohlhabenden Landgemeinde mit 302 Einwohnern im Jahre 1854 zum dichtbesiedelten Industrieort mit 2.030 Einwohnern im Jahre 1910 entwickelte. Industrialisierung als ein Weg, die stark anwachsende Bevölkerung zu versorgen, basierte auf vielen Faktoren. Ohne den Beitrag der wohlhabenden Landwirtschaft, des vielfältigen Handwerks, des Handels und des Dienstleistungssektors wäre sie undenkbar gewesen. Alle genannten Bereiche durchliefen im untersuchten Zeitraum von 1750 bis 1914 absolut gesehen einen Wachstumsprozeß. Doch der Blick auf die Fortentwicklung dieser Sektoren wird verstellt durch das so ungeheuer rasante Wachstum des industriellen Zweiges. Genauso wie heute in der Rückschau zog auch damals schon die Industrie die öffentliche Aufmerksamkeit weitgehend auf sich.

Doch regte sich dagegen auch Widerstand wie es in der Auseinandersetzung der Fahrnauer Bauernschaft mit der Spinnerei Gottschalk um die Wasserrechte am Wasser der Wiese deutlich wird. Das staatliche Bezirksamt bevorzugte eindeutig den neuen Wassernutzer gegenüber den alten Rechten der Bauern. Dahinter stand die Frage, welche Seite, die Spinnerei oder die Bauern, volkswirtschaftlich von größerem Nutzen wäre und das höhere Steueraufkommen mit sich brächte. Unter diesem Gesichtspunkt mußte die Entscheidung zugunsten der Fabrik ausfallen. Die Bauern, die das Wasser zur Bewässerung nutzen wollten, brachten in der Gemeindeversammlung am 23.10.1847 eine Beschwerde vor: *„Wir erkennen durchaus einmal einen Antrag oder eine Verfügung, welcher oder welche unser bisheriges seit Jahrtausenden bestehendes Wasserrecht schmälert [nicht an], [wir]*

verlangen, behalten und behaupten dasselbe [Wasserrecht] wie bisher auch ferner unbedingt und [sind] im Entferntesten [nicht bereit, uns] etwas entreißen zu lassen, am allerwenigsten von Fabrikinhabern.“³⁹⁾

Doch sie blieben ohne Erfolg. Das neue Unternehmen konnte mit der Rückendeckung des Bezirksamtes und ungeachtet bestehender Interessen das für seine Produktion notwendige Wasser entnehmen.

Wasserkraft war auch in Schopfheim die vorherrschende Energiequelle und wurde von der Dampfkraft nie vollständig ersetzt, sondern lediglich ergänzt, um Engpässe auszugleichen. Erst die Elektrizität und damit eine grundlegend andere, weil dezentrale Antriebsform konnte beide ablösen. Hier wird deutlich, was sich auch an vielen anderen Beispielen aus der europäischen Industrialisierung zeigen ließe: Der Anteil der Dampfkraft war in der Zeit des Übergangs von handwerklicher zu maschineller Produktion längst nicht so hoch, wie das von der Technikgeschichte lange eingeschätzt wurde. Trotzdem stand und steht die Dampfmaschine als Symbol für die „neue Zeit“.

Die Gründungsdaten der Schopfheimer Industrieunternehmen verweisen auf drei Gründungsphasen: In den 1750er Jahren entstanden Bleiche und Drahtzug in Schopfheim, 1834/36 die Papierfabrik in Höfen und die Spinnerei in Schopfheim, nach 1850 die Leder- und Textilfabrik in Fahrnau, die Textilfabrik in Langenau und die Textilveredelungen (Färbereien) in Schopfheim. Der erste Weltkrieg und noch mehr die 1920er Jahre mit ihren großen weltwirtschaftlichen Krisen bedeuteten für die meisten dieser Unternehmen das Ende. Vor allem die Textilindustrie, die von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg nicht nur in Schopfheim ihre Blütezeit erlebte, war schon in den 1920er Jahren großen Umwälzungen ausgesetzt. Diese Entwicklung zog sich bis in die 1940er Jahre hin und veränderte die Branchenstruktur in Schopfheim. Die Textilindustrie nahm ab, doch die Metallindustrie wurde ausgebaut.

Die Gründer der Fabriken stammten zum überwiegenden Teil aus Schopfheim und der Region

selbst. Anders als im übrigen Wiesental spielte Schweizer Kapital bei der Industrialisierung Schopfheims keine vorherrschende Rolle: Die Bleiche-Compagnie wurde von einem Konsortium aus Schopfheimer Bürgern gegründet und von Bartlin Pflüger, dem Schopfheimer Wirt zum Pflug, fortgeführt. Johann Sutter, der die Papiermühle zur Papierfabrik umgestaltete, verdrängte mit Schopfheimer Kapital Basler Handelsleute von der Mühle. Der Drahtzug und die Spinnerei Gottschalk haben badische Wurzeln und das gleiche gilt für Seitz in Langenau; die Gebrüder Krafft in Fahrnau entstammten einer badischen Gerber-Familie.

Die Seidenfabrik des Baslers Schölly konnte sich genauso wie die Spinnerei und Weberei des Wädenswilers Theiler nur einige Jahre halten. Lediglich die bedeutende Weberei der aus Basel stammenden Familie Singeisen in Fahrnau war vorwiegend auf Basler Kapital gegründet. – Doch nicht nur hinsichtlich der Kapitalquellen für die Industrialisierung weicht Schopfheim von der allgemeinen Entwicklung des Wiesentals ab. Während die textile Monostruktur der Industrie des übrigen Wiesentals extrem krisenanfällig wurde, als der Höhenflug der Textilindustrie zur Zeit des Ersten Weltkriegs endete, konnte die Krise in Schopfheim zum Teil abgefangen werden. Mit papier- und lederverarbeitenden Unternehmen war bereits eine größere Branchenvielfalt gegeben.

Allgemeine Literatur

Richard Dietsche: Die industrielle Entwicklung des Wiesentals bis zum Jahr 1870, Schopfheim 1937.

Brigitte Heck/Heidi Müller/Friederike Lindner/Guido Fackler: Zwischen Schule und Fabrik. Textile Frauenarbeit in Baden im 19. und 20. Jahrhundert (Volkskundliche Veröffentlichungen des Badischen Landesmuseums Karlsruhe Bd. 1) Sigmaringen 1993 (mit ausgezeichneten Bibliographie zur Wirtschaftsgeschichte Badens im 19. u. 20. Jh.).

Wolfgang von Hippel, Wirtschafts- und Sozialgeschichte von 1800 bis 1918, in: Handbuch der baden-württemberg. Geschichte, Bd. 3, Stuttgart 1992.

Gisela Müller: Die Entstehung und Entwicklung der Wiesentäler Textilindustrie bis zum Jahre 1945, Zürich 1965.

Toni Pierenkemper: Umstrittene Revolutionen. Die Industrialisierung im 19. Jahrhundert, Frankfurt/M 1996.

Anmerkungen

- 1) StA Schopf.: Schopfheim-Alt: AZ XIII 62 – General- und Gewerbesteuer Cataster / S 301/1–25.
- 2) L. Würtz: Die geschichtliche Entwicklung des Straßennetzes in Baden-Württemberg, Bonn-Bad Godesberg 1970.
- 3) Albert Kuntzemüller: Die badischen Eisenbahnen 1840–1940, Freiburg 1940; Hans-Jürgen Enzweiler: Staat und Eisenbahn. Bürokratie, Parlament und Arbeiterschaft beim badischen Eisenbahnbau 1833–1855, Frankfurt am Main 1995.
- 4) Hingewiesen sei auch auf den schönen Ausstellungsteil zur Textilindustrie des Wiesentals im Landesmuseum für Technik u. Arbeit/Mannheim.
- 5) StA Schopf.: Schopfheim-Alt/V 253.
- 6) H. Straub: Die Geschichte der Bauingenieurkunst, Basel/Stuttgart 1964.
- 7) Wirtschaftsarchiv Baden-Württemberg A8, Bü172: Mitteilungen d. Handelskammer für d. Kreise Lörrach u. Waldshut zu Schopfheim 1890.
- 8) Jahres-Bericht 1890 der Handelskammer für die Kreise Lörrach und Waldshut zu Schopfheim, Heft 1, S. 48f.
- 9) Friedrich Engels: Die deutsche Reichsverfassungskampagne, zitiert nach: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 7, Berlin 1982, hier S. 137ff.
- 10) Hermann Wiegand: Schuster und Poet dazu ... Johann Thoma, ein Fahrnauer Arbeiterdichter des ausgehenden 19. Jahrhunderts, in: Stadt Schopfheim Jahrbuch 1992, S. 28–35.
- 11) Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914, hg. v. Karl Erich Born u.a., 1. Abtlg., Bd. 3, Stuttgart/Jena/New York 1996, S. 40–44; vgl.: Badisches Gesetz, die Beschäftigung von Kindern in Fabriken betreffend, 16.4.1870, ebd., S. 65–67.
- 12) August Eberlin: Geschichte der Stadt Schopfheim und ihrer Umgebung, im Zusammenhang mit der Zeitgeschichte, Schopfheim 1878, S. 186.
- 13) Das Markgräflerland 1981 H. 2, S. 286–294.
- 14) StA Schopf.: AZ: XI.38 S 104/5: August Fessler: Hundert Jahre Gewerbeverein Schopfheim i. W. 1832–1932.
- 15) Badische Gewerbezeitung 13/1880, S. 59, S. 237–242 und S. 247–251.
- 16) 150 Jahre Sparkasse Schopfheim im Wiesental, o. O., o. J. (Schopfheim 1993).
- 17) 1865–1940. 75 Jahre Vorschaubank Schopfheim, o. O., o. J. (Schopfheim 1940).
- 18) Zur Fabrikinspektion: Wolfgang Bocks: Die Badische Fabrikinspektion. Arbeiterschutz, Arbeiterverhältnisse und Arbeiterbewegung in Baden 1879 bis 1914, Freiburg/München 1978.
- 19) Ebd., S. 71.
- 20) M. Broszat: Liberaler Staat, Industrie und Arbeiterschaft in Baden 1880–1910. Aus den Berichten der Großherzoglich-Badischen Fabrikinspektion, in: Ebbighausen, Rolf/Tiemann, F. (Hg.): Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland? Opladen 1984, S. 177–186, hier S. 183.
- 21) StA Schopf.: Schopfheim-Alt: AZ V.28-Arbeitsordnungen und Fabrikordnungen hiesiger Fabriken/1862–1920 (S 113–5).
- 22) Rudolf Faißt: Die Papierfabrik in Höfen bei Schopfheim und das Lumpensammeln, in: Blätter aus d. Markgrafschaft 2/1916, S. 55–120.
- 23) Frieder Schmidt: Von der Mühle zur Fabrik. Die Geschichte der Papierherstellung in der württembergischen und badischen Frühindustrialisierung (Technik und Arbeit Bd. 6, hg. v. Landesmuseum für Technik und Arbeit in Mannheim) Ubstadt-Weiher 1994, S. 171f.
- 24) Carl Gustav Fecht: Die Großherzoglich Badischen Amtsbezirke Waldshut, Säckingen, Lörrach, Schopfheim. Deren Statistik, Handel und Gewerbe, Specialgeschichte, Lörrach und Waldshut 1859, S. 524.
- 25) Wie Anm. 23, S. 313.
- 26) StA Schopf.: 793.32 7/257–3.
- 27) Ebd.: 793.32, Laufzeit 1889–1904, Die Erweiterung der Papierfabrik der Fa. Johann Sutter in Schopfheim, Kläranlage betreffend, bes. Aktennotizen v. 23.9. u. 8.10.1904.
- 28) Akos Paulinyi/Ulrich Troitzsch: Mechanisierung und Maschinisierung 1600 bis 1840 (Propyläen Technikgeschichte Bd. 3) Frankfurt a.M. 1991, S. 421.
- 29) Fecht: Waldshut, Säckingen, Lörrach, Schopfheim, S. 526.
- 30) Privatbesitz Prof. Dr. Sehringer/Schopfheim: Verzeichnis „Ausgaben für den Neubau 1889“.
- 31) Ebd.: Nachrufe auf (Johann) Friedrich Jutzler und Dr. Albert Jutzler durch den Schopfheimer Stadtpfarrer Faißt.
- 32) StA Schopf.: 793.32, 7/271–2, Schroers 1909–1915: Schreiben der Badischen Fabrikinspektion, 11.4.1910.
- 33) StA Schopf.: AZ V 256 S 356/14.
- 34) Wie Anm. 11, S. 43.
- 35) Brigitte Moskob: Spinnerei Atzenbach. Die Geschichte der Firma von ihren Anfängen bis 1922 unter besonderer Berücksichtigung ihrer Vorgeschichte und der Gesellschaftsform, Zulassungsarbeit der Universität Freiburg, Lehrstuhl Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Freiburg o. J. (nach 1970).
- 36) Bocks: Fabrikinspektion, S. 64 u. 71.
- 37) Vgl.: R. Nutzinger: 75 Jahre Gebrüder Krafft Leder- u. Lederwarenfabrik Fahrnau (Baden) 1854–1929, o.O. o.J. (1929).
- 38) Karl Bittmann: Hausindustrie und Heimarbeit im Großherzogtum Baden zu Anfang des XX. Jahrhunderts, hg. v. d. Fabrikinspektion, Karlsruhe 1907, S. 876–889, bes. S. 882f. u. 886f.
- 39) Emil Faller, Ein Lichtgang durch die Vergangenheit des Dorfes Fahrnau, Fahrnau 1957, S. 62.